

# BULLETIN

NUMMER 2 | Juni 2007



- \* 4 Atomstrom – Ein AKW kommt selten allein \*
- \* 8 Nationalrat – Grosse Buben und grüne Feen \*
- \* 12 Globalisierung – Wir essen den Amazonas auf \*
- \* 14 Regieren mit Publikum – Es geht auch anders \*
- \* 16 Tangente Neufeld – Strassen statt Lebensqualität \*

## Nomination

### Nationalratswahlen

MI, 4. Juli 2007 - 20:00  
Zug, Siebchsaal,  
Chamerstr. 33

### Sponsoring-Event

#### Nationalratswahlen

SA, 8. Sept. 2007 - 16:00  
Zug, am See beim  
Regierungsgebäude

## Zur Nomination vorgeschlagen sind:



Liste

### Alternative Kanton Zug



Josef Lang



Astrid Estermann



Anna Lustenberger-Seitz

2

## Inhaltsverzeichnis

### 3 Editorial

Wir schaffen es – wenn wir daran schaffen

### 4 Atomstrom

Ein AKW kommt selten allein

### 7 Meinung

Das 21. Jahrhundert wird grün

### 8 Nationalrat

Grosse Buben und grüne Feen

### 11 Glencore

Wer anderen eine Grube gräbt...

### 12 Globalisierung

Wir essen den Amazonas auf

### 14 Regieren mit Publikum

Es geht auch anders

### 16 Tangente Neufeld

Strassen statt Lebensqualität

### 18 Verkehrspolitik

Volldampf beim öV im Kanton Zug

### 20 Grüne Kantonalparteien

Grün wie ein Zigerstöggli

### 22 Wandern

In der Kröntenhütte

### 23 Serviceteil

Buch  
Frontal  
Lesestoff  
Kino  
Veranstaltungen  
Adressen  
Impressum



Liste

### Junge Alternative



Andy Hürliemann



Lea Zehnder



Rupan Sivaganesan

#### «Mission statement»

Das Bulletin des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, SGA Zug/Baar.**

Das Bulletin setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von ...

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz sozial Benachteiligter
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein  
«Das Bulletin»

# Wir schaffen es – wenn wir daran schaffen

Hanspeter Uster, Leiter Wahlkampagne Alternative Kanton Zug | Bild BULLETIN

**Im Kanton Zug gibt es vier etwa gleich starke politische Blöcke, die alle etwa 25 Prozent der Stimmen machen: vier Blöcke, doch nur 3 Zuger Nationalratssitze. Diese Konstellation hat Auswirkungen ...**



Hanspeter Uster: «Jede Stimme zählt!».

Die Linke macht den Sitz nur, wenn die SP und die Alternative, die etwa gleich stark sind, eine Listenverbindung machen. Denn nur zusammen erreichen sie die Stärke von SVP, FDP und CVP. Zweitens: Es gibt keine sicheren Sitze; Verschiebungen der Wählerstärke und ein oder zwei Prozentpunkte entscheiden darüber, wer den Sitz macht. Es kommt also auf jede Stimme an. Doch auch gesamtschweizerisch ist die Wahl spannend: Nur wenige Sitzverschiebungen zwischen Bürgerlichen und Linken können eine andere Konstellation schaffen, beispielsweise für die Bundesratswahlen.

Die Linke tritt mit vier verschiedenen, untereinander verbundenen Listen an: Die SP-Hauptliste mit Urs Bertschi, Christina Bürgi und Martin B. Lehmann sowie die Liste mit den jungen SP-Frauen mit Simone Hutter, Christina Huber und Danielle Silberschmidt.

Die Alternative kommt mit Nationalrat Josef Lang, Astrid Estermann und Anna Lustenberger. Auf der Liste «Junge Alternative» kandidieren Lea Zehnder, Andy Hürlimann und Rupan Sivaganesan. Die Voraussetzungen sind also, namentlich auch dank der Listenverbindung, gegeben, den linken Sitz wieder zu machen. Damit besteht auch die Chance, dass Josef Lang weiterhin im Nationalrat seine profilierte und weit herum beachtete und geachtete Politik für eine soziale, solidarische und ökologische Schweiz machen kann. So ist sein von 18 der 20 Zentralschweizer Nationalratsmitgliedern und von sämtlichen Zürcher Ständeratskandidierenden, die im Nationalrat sind, unterzeichneter Vorstoss für den Zimmerberg-Tunnel ökologisch, verkehrs- und auch regionalpolitisch von grossem Gewicht.

Aber der Sitz wird uns nicht in den Schoss fallen: Die FDP will ihren vor

vier Jahren verlorenen Sitz unbedingt und, wie ihre Vorkampagne zeigt, mit viel Geld wieder zurückholen. Ihre Spitzenkandidierenden Andrea Hodel, Bruno Pezzatti und Thomas Lötscher haben sich ganz prominent für einen Rentenabbau zu Lasten der PK-Versicherten eingesetzt. Das zeigt, was ein Zuger FDP-Sitz für Folgen im Nationalrat hätte, wo es in den nächsten Jahren immer wieder um die Sozialwerke gehen wird. Wir Alternativen müssen dafür kämpfen, dass die Sozialabbauer und Verbandsbeschwerderecht-Ab-schaffer in Bern keine zusätzliche Stimme bekommen.

Wir Alternativen müssen präsent sein, aktiv auf die Menschen zu gehen und unsere Kandidierenden wie auch unsere Inhalte an die Frau und an den Mann zu bringen, in allen Zuger Gemeinden.

Gerade der direkte Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern macht Freude, wie der erfolgreiche Sammeltag der Alternativen für die Klima-Initiative gezeigt hat. Mit der Klima-Initiative haben wir ein hervorragendes Instrument in der Hand, den Menschen nicht ein mehr oder weniger sinnvolles Give-away und einen Flyer in die Hand zu drücken, sondern mit ihnen ins Gespräch zu kommen und unsere grüne Politik konkret zu machen. Ein weiteres Mittel für politische Gespräche wird das Sammeln für die neu lancierte Initiative zum Schutz gegen Waffengewalt sein; dass die Armeewaffe ins Zeughaus gehört und es endlich ein eidgenössisches Waffenregister braucht.

Die alternative Wahlkampagne ist vorbereitet: Und ich als deren Leiter bin überzeugt, dass wir es schaffen – wenn wir gemeinsam und mit vollem Einsatz daran schaffen. ■

3

# Ein AKW kommt selten allein

Natalie Chiodi, Redaktorin BULLETIN | Bilder Adelina Odermatt und flickr.com

4 **Die Atomenergie kann weder das Problem der globalen Erwärmung noch das Problem zukünftiger Energieengpässe lösen. Die Gewinnung von Uran aus der Erdkruste erfordert eine ganze Abfolge von verschiedenen Prozessen. Jeder dieser Prozesse erfordert Energie- und Materialzufuhr und braucht technische Vorrichtungen. Dabei werden auch beträchtliche Mengen an CO<sub>2</sub> ausgestossen, wie eine umfassende Studie von Jan Willem Storm und Philip Smith zeigt.**

Ein Atomkraftwerk kommt selten allein: Ein grosser Komplex von in der Regel üblichen industriellen Prozessen ist nötig, um die Atomenergie aus dem Uran in der Erdkruste zu befreien und sie in eine nutzbare Form, in der Regel elektrische Energie, umzuwandeln. Dieser Prozess kann in drei Teile zerlegt werden:

- 1) Umwandlung des aus der Erdkruste gewonnenen Uranerzes in Brennelemente für den Atomreaktor.
- 2) Bau des eigentlichen Atomkraftwerks: Unterhalt und Betrieb des AKW während seiner Betriebszeit.
- 3) Handhabung des radioaktiven Abfalls, Ausserbetriebnahme und Rückbau des (radioaktiven) Atomreaktors und «Endlagerung» des Atommülls.

Jeder dieser drei Teile umfasst diverse industrielle Prozesse. Jeder Prozess benötigt elektrische Energie, fossile Treibstoffe, Materialien und Chemikalien und stösst Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) aus. Der Atomreaktor selber ist tatsächlich das einzige Glied in der Prozesskette, das kein Kohlendioxid freisetzt.

## Emissionswerte

Eine umfassende Studie hat die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Nuklear-Systems untersucht und dabei herausgefunden, dass ein heutiges Nuklear-System etwa 90-140 g CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kilowattstunde verursacht. Dagegen zitieren die offiziellen Nuklear-Institute einen viel tieferen Emissionswert pro Kilowattstunde: 3-40 g (inklusive andere Treibhausgase). Diese Angaben beruhen allerdings auf

unveröffentlichten und darum nicht überprüfbar Daten. Über die Emission von anderen Treibhausgasen, insbesondere FCKW, die ganz bestimmt auch vorkommt, sind keine Angaben verfügbar. Die Studie weist auch darauf hin, dass die offiziellen Institute, von denen die Behörden und die politischen Verantwortungsträger beraten werden, wie zum Beispiel die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA), die Nuklear-Energie-Agentur (NEA) und weitere ausdrücklich «Interessenvertretungen» und nicht zwangsläufig unabhängige Forschungsinstitute sind.

## Urangewinnung

Uran findet man in der Natur in Form von vielen chemischen Verbindungen (Mineralien), die in unterschiedlichste Felsarten einge-

### Schweizerische Energiestiftung

Die SES engagiert sich seit bald 30 Jahren für den Ausstieg aus der verantwortungslosen Atomenergie und für eine nachhaltige Energiepolitik. Sie setzt sich ein für eine sparsame Verwendung von Energie, die Förderung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen und eine dezentrale Energieversorgung. Sie richtet ihre Hauptkampagne gegen die gedankenlose Verschwendung fossiler Energieträger, dabei liegt ihr Fokus auf dem Erdöl. Weitere Informationen finden sie unter: [www.energiestiftung.ch](http://www.energiestiftung.ch)



Erneuerbare Energiequellen sind im Gegensatz zu fossilen Energiesystemen unerschöpflich.

bettet sind. Um das Potenzial der Atomenergie in Bezug auf Energieversorgung und Klimabeeinflussung beurteilen zu können, muss man die physikalisch-chemischen Eigenschaften der uranhaltigen Vorkommen genauer betrachten: Der Urangehalt von Gesteinen variiert sehr stark. Die reichsten Erze enthalten etwa 20 Prozent Uran, das heisst 200 g Uran pro Kilogramm Gestein (200g U/kg). Im Moment ist der weltweite Mittelwert etwa 1 g U/kg. Die schwächsten noch ausgebeuteten Erze enthalten bloss 0,1 g U/kg. Je höher der Gehalt eines Vorkommens, umso seltener ist das Vorkommen; das ist ein bekanntes Phänomen bei Mineralien in der Erdkruste. Der geringere Urangehalt des Erzes, umso grösser sind die (technischen, materiellen und energetischen) Aufwendungen für dessen Gewinnung. Um 1 kg Uran aus einem Erz mit einem Gehalt von 1 Prozent zu gewinnen, müssen 100 kg Gestein verarbeitet werden. Wenn der Gehalt zehnmal kleiner ist, müssen für 1 kg Uran bereits 1000 kg Erz verarbeitet werden. Damit wird auch der Energieaufwand pro Kilogramm Uran



Hochspannend: Wenn das gegenwärtig jährlich konsumierte Erdöl durch Kernkraft ersetzt würde, wären bei gleich bleibender Nachfrage die Uranvorräte in ungefähr 10 Jahren aufgebraucht.

zehnmals grösser. Das Herauslösen von Uran aus dem Wirtsgestein ist ein komplizierter chemischer Prozess. Der Aufwand an Energie und Chemikalien hängt in erster Linie von der Anreicherung des Erzes, in zweiter Linie aber auch von den geochemischen Eigenschaften des Felsmaterials ab. Zudem wird die Extraktion umso schwieriger, je geringer der Urangehalt des Erzes ist. Schwieriger bedeutet wiederum mehr Energie und mehr Chemikalien pro Kilogramm Uran.

#### **Energieklippe**

Die Energie, die gebraucht wird, um das Uran aus dem Gestein zu isolieren, wächst mit sinkendem Urangehalt des Wirtsgesteins. Ab einem bestimmten Minimalgehalt ist der Energieaufwand gleich

gross wie der Energiegewinn. Sinkt der durchschnittliche Gehalt unter 0,2 g Uranium pro Kilo Uranerz, dann liefert das Nuklearsystem netto keine Energie. Dieser Zusammenhang zwischen Netto-Energieproduktion und Gehalt des Uranerzes ergibt die «Energieklippe». Die potenzielle Grösse und Lebensdauer des weltweiten Parks an Atomkraftwerken ist begrenzt durch die Verfügbarkeit von Uranvorräten mit «Netto-Energiegehalt». Die Untersuchungen haben gezeigt, dass die grössten bekannten Vorkommen am nächsten zur «Energieklippe» liegen. Nicht die Menge an Uran in der Erdkruste bestimmt das globale Potenzial an spaltbarem Material, sondern die Qualität der Vorkommen, aus denen das Uran gewonnen wird.

#### **Sinkende Vorräte**

In den beiden Szenarien, die in der Studie beschrieben sind, geht man davon aus, dass die Uranerze mit der besten Qualität als erste abgebaut werden, weil das für die Bergbaugesellschaften den grössten Gewinn abwirft. Als Folge davon sinkt der durchschnittliche Urangehalt der verbleibenden Uranerz-Vorräte im Lauf der Zeit. Diese Feststellung hat schwerwiegende Konsequenzen im Hinblick auf die Emissionsrate von CO<sub>2</sub> und die Netto-Energieproduktion der Atomkraft in der Zukunft. Erze mit geringerem Urangehalt erfordern bei der Ausbeutung mehr Energieeinsatz. Deshalb wird pro Kilogramm Uran mehr CO<sub>2</sub> freigesetzt. Während der mittlere Urangehalt der Erze im Lauf der Zeit sinkt,

steigt die CO<sub>2</sub>-Produktion pro Kilogramm Uran. In etwa 45 bis 70 Jahren (je nach Szenario) ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Atomkraftwerke grösser als jener der gasbefeuerten Kraftwerke.

### Nachhaltige Entwicklung wird verzögert

Die Finanzstruktur der Atomindustrie und damit der Atomenergie ist sehr undurchsichtig, weil nur ein Teil der wahren Kosten wirklich veröffentlicht wird. Daher kennen nur wenige Leute die tatsächlichen Kosten der Atomenergie: also die Kosten, die die Gemeinschaft insgesamt zu bezahlen hat. Die «Langzeitlagerung» des Atommülls, die Ausserbetriebnahme und der Rückbau der Reaktoren (um nur einige Beispiele zu nennen) werden bei den publizierten Kosten des Atomstroms nicht oder ungenügend in die Rechnung einbezogen.

Lässt man sich auf ein neues Atomprogramm ein, so bezahlt man dies mit Investitionen in der Grössenordnung von einigen zehn Milliarden Euro und hat mindestens während der nächsten hundert Jahre hohe finanzielle Verpflichtungen. Ist ein neues Atomprogramm einmal gestartet, so ist es sehr schwer wieder zu stoppen. Die Atomenergie absorbiert einen unverhältnismässig grossen Anteil der verfügbaren Forschungs- und Fördergelder. Damit zögert sie die Entwicklung von nachhaltigen Energieoptionen noch weiter hinaus. Eine solche Verzögerung können wir uns schlicht nicht leisten.

### Sparen hilft

Wichtig wäre es auch, die vorhandene Energie effizient zu nutzen. In der Schweiz gehen jedes Jahr 40 Prozent der eingesetzten Energie ungenutzt verloren. Dieser Energieverlust kostet die KonsumentInnen sowie die Schweizer Wirtschaft jährlich rund 10 Milliarden Fran-

### Strom-Parasiten

KonsumentInnen werden für dumm verkauft, denn bestimmte Geräte fressen auch Strom, wenn sie per Schalter abgeschaltet werden. Stromverbrauch für diesen Unsinn: 150 Millionen Kilowattstunden für 30 Mio. Franken! Am Schlimmsten sind HiFi-Anlagen, Computer und Drucker. Dieser Leerlauf lässt sich einfach vermeiden: Elektrische Geräte müssen mit einem Aus-Schalter vom Strom getrennt werden können. Geräte, die diese Bedingungen nicht erfüllen, müssen nach einer Übergangsfrist vom Markt verschwinden. Fernermuss die Standby-Leistung von elektrischen Geräten per Vorschrift auf maximal 1 Watt beschränkt werden.

ken. Multifunktionale Bürogeräte und Drucker brauchen je nachdem 60 bis 90 Prozent des Jahresstromverbrauchs im Standby-Leerlauf. Auf bis zu fünf Prozent des schweizerischen Stromverbrauchs schätzen Experten den Standby-Verbrauch von elektrischen Geräten. Das entspricht 2'800'000'000 Kilowattstunden (kWh) oder der Jahresstromproduktion des Atomkraftwerks Mühleberg. Würde man zudem konsequent nur die sparsamsten und besten Technologien einsetzen, könnte man sechs Atomkraftwerke in der Grösse von Mühleberg einsparen. Die Energiestadt Zürich sagt dieser Stromverschwendung nun mit strengen Beschaffungsrichtlinien den Kampf an. Denn am billigsten ist die Energie, die man gar nicht braucht.

### Standby-Leerlauf

In einem typischen Vier-Personen-Haushalt beanspruchen Büro- und Haushaltgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik sowie Lampen

eine Standby-Leistung von 125 Watt. Das ergibt einen jährlichen Stromverbrauch von knapp 900 Kilowattstunden oder Stromkosten von rund 180 Franken. Der Standby-Verbrauch macht damit etwa 25% des Haushaltstromverbrauchs aus. Energieeffizienz fängt zu Hause an: Sparlampen brauchen für das gleiche Licht 80% weniger Strom als Glühbirnen oder Halogenleuchtampen. Ihre Lebensdauer ist fünf- bis zehnmal höher. Im Durchschnitt spart eine Sparlampe im Verlauf ihrer Lebensdauer 100 Franken Stromkosten ein. Kaffeemaschinen mit Abschaltautomatik brauchen 50% weniger Strom als Kaffeemaschinen, die zum Warmhalten ständig im Standby-Betrieb sind. Die technischen Möglichkeiten wären also vorhanden. Doch bisher fehlt der politische Wille, diese mit Vorschriften und Anreizen zum Standard zu machen. ■

**Quellen:** «Atomstrom ist keine Lösung für Klimaprobleme und Energieknappheit» von Jan Willem Storm van Leeuwen, Magister der (Natur-) Wissenschaften, Physikalische Chemie, Technische Universität Eindhoven. Storm van Leeuwen ist ferner Sekretär der holländischen Vereinigung des Club of Rome. Die zitierte Studie ist unter [www.stormsmith.nl](http://www.stormsmith.nl) einsehbar. Der genannte Artikel erschien zuerst in *Energie & Umwelt*, dem Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES Nr. 4/2006. «EnergieEffizienz – Mehr Gewinn und Komfort für alle». Diese Informationsbroschüre wurde von der SES verfasst und publiziert. Sie befasst sich hauptsächlich mit der Problematik der Stromfresser und Standby-Leerläufen und wie diese zu vermeiden wären.

# Das 21. Jahrhundert wird grün

Grünspecht - ein kritischer Vogel

**Die Erwärmung der Erde und ihre Folgen für Mensch und Umwelt sind das dominierende Thema der nächsten Jahrzehnte. Die Grünen weisen in diesen Fragen die höchste Kompetenz und Glaubwürdigkeit auf. Das 21. Jahrhundert wird zum Jahrhundert der Grünen.**



Der Autor «Grünspecht» ist ein kritischer Vogel.

Das 21. Jahrhundert wird grün: Diese These mag vermessen erscheinen. Eine langfristige Betrachtung der politischen Entwicklung zeigt indes Folgendes: die dominierende Frage und die wichtigste Sorge einerseits sowie die politische Antwort und die Stärke von Ideen und Parteien andererseits gehören eng zusammen. Das gilt kurzfristig bezogen auf Wahlen – wer die richtigen Themen besetzt, der legt zu. Das gilt aber auch langfristig, wie der Blick in die Geschichte zeigt.

## Vom Liberalismus zur Ökologie

Konkret: Das 19. Jahrhundert war geprägt vom Liberalismus, von der Idee der Freiheit, vom Kampf um die Bürgerrechte. Das 20. Jahrhundert war geprägt vom Sozialismus, von der Frage nach dem Ausgleich der Interessen und von der Idee des Wohlfahrtsstaates für alle. Und das 21. Jahrhundert wird geprägt sein von der Ökologie, von der Notwen-

digkeit des Überlebens auf dem Raumschiff Erde.

## 19. Jahrhundert und Liberalismus

Mit der Aufklärung und der französischen Revolution hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts der politische Aufstieg des Bürgertums in Europa begonnen. In der Schweiz erfolgte 1848 mit der Gründung des Bundesstaates der endgültige Durchbruch. Der Liberalismus erlebte im 19. Jahrhundert seinen Höhepunkt: Die Freiheit war die zentrale politische und ökonomische Forderung. Die Befreiung des Bürgers und (später auch) der Bürgerin löste eine wirtschaftliche Revolution aus. Die Massenproduktion ersetzte die Selbstversorgung, welche über Jahrhunderte die Welt geprägt hatte.

## 20. Jahrhundert und Sozialismus

Mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung kam der Liberalismus an seine Grenzen; er blendete zu oft die sozialen Fragen der Verteilung des Wohlstandes und der Gerechtigkeit aus. Der Aufstieg der Sozialdemokratie, die Revolutionen in Russland und anderswo – sie alle hatten ihren Ursprung in der sozialen Frage. Nach dem 2. Weltkrieg fand die westliche Welt dann die Antwort in der sozialen Marktwirtschaft. Möglichst alle Menschen sollen am geschaffenen Reichtum Anteil haben. Der Staat trägt mit seinen Sozialwerken zur gerechteren Verteilung bei.

## 21. Jahrhundert und Ökologie

Jetzt im neuen Jahrhundert steht nach der Freiheit im 19. und der sozialen Gerechtigkeit im 20. Jahrhundert eine ganz neue Frage im Fokus

– es geht um das Überleben auf der Erde. Die rasante Erwärmung des Klimas ist nur ein Aspekt des Themas; die Bedrohung von Tier und Pflanzen, der verschwenderische Umgang mit den Ressourcen, die drohende Wasserknappheit in verschiedensten Regionen der Welt, die Übernutzung der Erde stellen ganz neue Herausforderungen dar. Die weltweite Migration und der immer aggressiver werdende Kampf (Krieg) um Ressourcen sind weitere zentrale Aspekte in der Überlebensfrage. Die Grünen sind die Partei, welche Nachhaltigkeit und Gewaltlosigkeit konsequent ins Zentrum ihres politischen Handelns stellt.

## Trifft nicht für alle zu

Es versteht sich, die obige Einteilung der Jahrhunderte ist etwas grobschlächtig. Und sie trifft nicht auf alle Länder und Kontinente gleichermaßen zu. In vielen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verdichten sich die «drei Jahrhunderte» innert kurzer Zeit. Der Wunsch nach Freiheit nach der kolonialen Unterdrückung, das Bedürfnis nach einem menschenwürdigen Leben und einem Existenz sichernden Einkommen und die Notwendigkeit des Überlebens angesichts der ungebremsten Ausbeutung der Natur fallen in diesen Ländern zusammen.

## Die Welt ist ein Dorf

Und hier in der Schweiz: Der Mensch des 21. Jahrhunderts will frei und kreativ sein – er fühlt sich solidarisch, weil er weiss, dass die Welt immer mehr zum Dorf zusammenrückt – und er engagiert sich für das langfristige Überleben auf diesem Planeten. Weil er aus der Geschichte gelernt hat: So wie die Natur ohne Dinosaurier weiter existiert, so könnte die Natur auch ohne den Menschen auskommen. Umgekehrt aber nicht – der Mensch kann ohne Natur nicht überleben. ■

# Grosse Buben und grüne Feen

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug | Bilder AöV und flickr.com

## 8 Die ersten zwei Wochen der Sommersession setzte ich mich in Voten und Vorstössen ein für eine liberale Einbürgerungspraxis, für ein soziales Boden- und Pachtrecht, für den Zimmerberg-Basistunnel, gegen die Militarisierung der Aussen- wie der Innenpolitik sowie gegen den Export von Rüstungsgütern.

Der erste Tag der Session begann mit einer Vorsitzung über die verschiedenen Bahntunnelprojekte, die der Bundesrat auf die Zeit nach 2030 verschieben will. Die Zentralschweiz war an der Sitzung, an der etwa 30 NationalrätInnen teilnahmen, durch den Luzerner Louis Schelbert und mich vertreten. Der Sessionstag selber stand für mich im Zeichen der im April während meines Indienaufenthalts verstorbenen Einsiedler Sozialdemokratin Josy Gyr. Ich hatte ihr Grab und das ihrer beiden früh verstorbenen Kinder während der Zuger Landeswallfahrt gemeinsam mit ihrem Mann besucht. Für Meinrad Gyr, mit dem ich mich im Bundeshaus-Café traf, war die Vereidigung von Josys Nachfolger Andy Tschümperlin ein besonders bewegender Augenblick.

### Formel-1-Lausbubenstreich

Am zweiten Sessionstag entpuppte sich die Mehrheit der bürgerlichen Politiker als grosse Buben, die unter Führung ihres Pfadiführers Ulrich Giezendanner die dümmsten Streiche spielen. Die angesichts der Klimaerwärmung und des Landschaftsschutzes völlig abwegige Wiederzulassung von Formel-1-Autorennen wurde von 97 Bürgerlichen, unter ihnen die beiden rechtsbürgerlichen Zuger, unterstützt.

Am Mittwoch ging es am Vormittag vor allem um den Neuen Finanzausgleich (NFA). Die Abstimmungen zeigten, dass die offizielle Zuger Position, welche die Ausgleichswirkung des NFA auf Kosten der ärmeren Kantone schwächen will, im Nationalrat nur von einer

kleinen rechten Minderheit unterstützt wird. Auf besonderes Unverständnis stösst das Festhalten an einer Obergrenze, obwohl sowohl die NFA-Kommission als auch die Verwaltung eine Überprüfung der Sorgen der Mehrheit der Zuger Regierung verbindlich zugesagt haben. Am Nachmittag wehrte ich mich gemeinsam mit dem Basler Sozialdemokraten Ruedi Rechsteiner gegen Rüstungsvorhaben wie das 278 Millionen teure FIS-Heer, das der Armee vor allem in der inneren Sicherheit dient. Weiter kämpfte ich gegen die Verdoppelung der Kapazität von Auslandseinsätzen, unter anderen weil diese uns immer mehr ins Schlepptau des US-geführten «war on terror» führen. Mit einem Ordnungsantrag hatte ich durchgebracht, dass es über die Auslandseinsätze überhaupt eine echte Debatte gab.

Der Donnerstag stand ausserhalb des Saales im Zeichen der Swissair-Freisprüche, innerhalb desselben in dem der Einbürgerungs-Initiative der SVP. In meinem Votum wies ich darauf hin, dass eine Demokratie auf zwei Beinen steht – auf einem demokratischen und einem liberalen.

### «Linke Wühlmaus» und «Grüne Fee»

Am ersten Tag der zweiten Sessionswoche ergriff ich das Wort in der Agrardebate (siehe folgende Seite!) und in der Armeediskussion. Bei der so genannten Armeereform ging es um die genau gleiche Vorlage wie die in Flims von allen SP-KollegInnen und von der Mehrheit der SVP abgelehnten. Warum die Militarisierung der inneren Sicher-

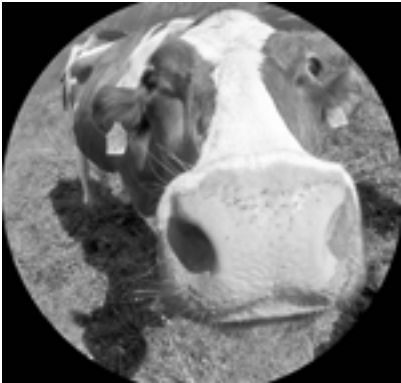
heit diesmal durchkam, kann ich heute noch nicht begreifen. In der Fragestunde distanzierte sich Bundesrat Schmid in der Beantwortung einer Frage der grünen Fraktionschefin Therese Frösch von der an einem offiziellen Anlass gemachten Aussage Divisionär Hofmeisters, Leute wie «Nationalrat Lang», welche die Ordonnanzwaffe ins Zeughaus verbannen wollen, seien «linke Wühlmäuse». Schriftlich beantwortet wurde meine Frage bezüglich Waffenexporte nach Saudiarabien. Offensichtlich sind dem Bundesrat die Menschenrechte weniger wichtig als das Geschäft und die Beziehungen zu den USA und ihren Verbündeten.

Am Dienstag sammelte ich Unterschriften für die Zimmerberg-Interpellation. Am Mittwoch arbeitete ich an einer Motion zum Abbruch des schweizerischen Nato-Abenteurers in Afghanistan. Am Nachmittag reiste die Fraktion in den Neuenburger Jura, wo ich als höflicher Gast keine der «Grünen Feen» abwies, die mir angeboten wurden. Am Donnerstag war ich froh, dass ich kein Votum zu halten hatte.

### Bauern und Pächter vor dem Kapital schützen

Gemeinsam mit jenen Bauernvertretern, die dem eigenen Beruf und den Pächtern näher stehen als den Boden- und Kapitalbesitzern, kämpfte die Linke erfolgreich für Massnahmen gegen Überschuldung und für Pachtzinskontrolle. Zum Glück erfolglos versuchte der Bundesrat, das Boden- und das Pachtrecht zu «liberalisieren». Dies hätte bedeutet, dass der landwirtschaftliche Boden der Spekulation und die Pächter den Zinssteigerungen ausgeliefert worden wären. Gerade im Kanton Zug mit seinen explodierenden Bodenpreisen und der Landknappheit wäre der Druck auf die Bauern- und Pächterfamilien noch massiver geworden. In den folgenden beiden





Abschnitten bringe ich Auszüge aus meinen beiden Voten vom 11. Juni zur Verteidigung der Bauern- und Pächterfamilien gegenüber dem Druck der Kapitalbesitzenden. Die erste Abstimmung über die Beibehaltung einer Belehnungsgrenze als Massnahme gegen Überschuldung gewann das Bündnis von Bauern und Linken, der sich im Unterschied zum Ständerat die Mehrheit der CVP und der SVP anschloss, mit 128 zu 39 Stimmen. Die zweite Abstimmung über die Beibehaltung der Pachtzinskontrolle gewannen wir mit 121 zu 33 Stimmen, obwohl die Kommissionsmehrheit noch der bauern- und pächterfeindlichen FDP gefolgt war.

#### **Massnahmen gegen Überschuldung**

Hier mein Votum zur Pachtzinskontrolle: «Im jährlichen Agrarbericht des Bundesamtes für Landwirtschaft wird die finanzielle Lage der Landwirtschaftsbetriebe rapportiert. Eine Mehrheit der Betriebe zehrt am Eigenkapital und/oder hat einen ungenügenden Eigenkapitalsanteil. Landkäufe gehören zu den Ursachen, die eine Bauernfamilie in einen finanziellen Engpass treiben. Das Bundesamt für Landwirtschaft macht sich die

Analyse zu leicht, wenn die Verantwortung an die Qualität der Betriebsführung abgeschoben wird. Die kompetenteste Stellungnahme zur Frage der Belehnungsgrenze haben in der Vernehmlassung die Leiter der kantonalen Agrarkreditkassen abgegeben. Sie sind täglich mit dem Entscheid darüber konfrontiert, ob eine Investition finanziell tragbar ist. Sie spüren in den Verhandlungen mit den Bauernfamilien den Entwicklungsdruck, der zu riskanten Finanzierungen verleitet. Das Eintreten dieser Fachleute für die Beibehaltung der Belehnungsgrenze für Landwirtschaftsbetriebe ist das stärkste Argument. Dass Bundesrat und Bundesamt für Landwirtschaft diese warnende Stimme überhören, ist unbegreiflich. Gemäss Schätzungen des Bauernverbandes würde eine Aufhebung der Belastungsgrenze zu ruinösen Mehrkosten von 40 bis 80 Millionen Franken für Fremdkapitalzinsen führen.

Die Investitionen der Landwirtschaft werden zu einem erheblichen Teil über zinslose und zinsgünstige Darlehen finanziert. Darin stecken hunderte von Millionen Franken, welche der Bund über die letzten zwanzig, dreissig Jahre in diese kantonalen Fonds de roulement eingeschossen hat. Nötig sind diese öffentlichen Kreditmittel, weil die Finanzierung durch Eigenmittel und Bankkredite wegen der Ertragslage der Landwirtschaft nicht sichergestellt ist. Die Belehnungsgrenze ist die Gegenversicherung, damit die öffentlichen Gelder, die man durchaus als Risikokapital bezeichnen kann, zum Gedeihen und nicht zum Ruin der Landwirtschaft beitragen.

#### **Beibehalten der Pachtzinskontrolle**

Die Grüne Fraktion unterstützt die Position der Minderheit Walter Hansjörg, die die bisherige Pachtzinskontrolle für landwirtschaft-

liche Gewerbe und Grundstücke weiterführen will. (...) Die Aufgabe der Pachtzinskontrolle begünstigt die Landpacht durch jene, die Mittel für den Zins aufwenden, die nicht aus der Produktion finanziert sind, oder jene, die leichtsinnigerweise oder gezwungenermassen ihre Eigenkapitalbasis aufzehren. Das Kostenargument lässt sich ebenso für die Rechtfertigung der Pachtzinskontrolle hinzuziehen. Die Öffentlichkeit steckt Milliarden in die Erhaltung der Landwirtschaft. Da darf der Bund nicht am neuralgischen Punkt die Schleuse für den Abfluss von Geldmitteln aus der Landwirtschaft öffnen. 50 Prozent der Landwirtschaftsflächen sind bekanntlich Pachtland. Ist es zumutbar, wenn die Bürgerinnen und Bürger weiterhin Milliarden in eine Landwirtschaft zahlen, aus der eine Milliarde an Pachtzinsen abfließt?»

#### **Vorstoss für Zimmerberg**

Abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Zentralschweizer und zusätzlich jene sechs Zürcher Nationalrätinnen und Nationalräte, die für den Ständerat kandidieren, meine Interpellation zum Zimmerberg Basistunnel unterzeichnet. Damit ist es mir gelungen, alle politischen Kräfte der Zentralschweiz und des Kantons Zürich hinter diesem Anliegen zu vereinen.

#### **Sowohl als auch**

Beim Entscheid, die Zürcher StänderatskandidatInnen Chantal Galladé (SP), Kathi Riklin (CVP), Ruedi Aeschbacher (EVP), Felix Gutzwiller (FDP), Ueli Maurer (SVP) und Daniel Vischer (Grüne) zu fragen, machte ich mir folgende Überlegung: Wenn es gelingt, den Zimmerberg und allgemein den öffentlichen Verkehr zu einem Thema im Zürcher Ständeratswahlkampf zu machen, dann erhalten diese Themen nationale Be-



Anlässlich des Baus der ersten Etappe des Zimmerbergtunnels zwischen Zürich und Thalwil wurden bereits Millionen von Franken in ein unterirdisches Verzweigungsbauwerk bei Thalwil «verlocht». Trotzdem schlägt der Bundesrat in seinem ZEB-Vernehmlassungsentwurf den Verzicht auf den Zimmerberg Basistunnel vor.

### Fragen und Begründung der Interpellation Lang zum Zimmerberg

In der gegenwärtig laufenden Vernehmlassung zur Gesamtschau FinöV schlägt der Bundesrat den Verzicht auf den Zimmerberg Basistunnel zwischen Thalwil und Baar-Litti vor. Da dieser Vorschlag im Widerspruch zu zwei Volksscheiden und zur Bedeutung der betroffenen Strecke steht, ersuchen wir den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie begründet der Bundesrat die Nichtbeachtung des Volkswillens durch den Verzicht auf den Zimmerberg Basistunnel?
2. Wie gedenkt der Bundesrat das mit Sicherheit zu erwartende starke Wachstum der Verkehrsnachfrage auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern bis zum Jahre 2030 ohne Zimmerberg Basistunnel sicher zu stellen?
3. Wie beurteilt der Bundesrat die Auswirkungen eines langfristigen

Verzichtes auf den Zimmerberg Basistunnel auf den nationalen und internationalen Fernverkehr zwischen der Schweiz, dem Tessin und Italien?

4. Wie viel Geld wurde anlässlich des Baus der ersten Etappe des Zimmerbergtunnels zwischen Zürich und Thalwil in das unterirdische Verzweigungsbauwerk bei Thalwil investiert und wozu dient diese Investition?

Das Schweizer Volk hat in zwei Volksabstimmungen mit sehr deutlichen Mehrheiten (jeweils über 60%) Ja gesagt zu Vorlagen, in denen der Zimmerberg Basistunnel explizit aufgeführt wird: am 27.9.1992 mit der NEAT-Abstimmung und am 29.11.1998 mit der Abstimmung über den FinöV-Fonds. Im Alptransit Beschluss wird gemäss Art 5bis8 der Zimmerberg bei den finanzierten NEAT-Investitionen aufgeführt.

deutung, weil sich der Wahlherbst stark um den Zürcher Ständeratswahlkampf drehen wird. Der Bundesrat muss die Interpellation noch vor der Septembersession, also spätestens einen Monat vor den Wahlen beantworten.

Nachdem ich die Interpellation mit den 24 Unterschriften am Dienstag, den 12. Juni, eingereicht hatte, lancierte die SVP am Freitag über die Neue Luzerner Zeitung die Idee, den Ceneri-Tunnel zugunsten des Zimmerbergs zurück zu stellen. Diese Entweder-oder-Haltung ist aus zwei Gründen falsch. Erstens braucht es neben dem Zimmerberg auch den Ceneri-Tunnel im Süden und den Wisenberg-Tunnel durch den Jura, damit die NEAT wirklich funktioniert. Und zweitens hat der Zimmerberg politisch nur eine Chance, wenn es gelingt, einen Grossteil der Ceneri-Befürworter zu gewinnen. Nur das Sowohl-als-auch bringt uns weiter. ■

Die Strecke Zürich-Zug-Luzern hat das drittgrösste Volumen an Personenfahrten (25'900 Pf/Tag) im schweizerischen Fernverkehr, noch vor der Strecke Zürich-Bern! Während den Spitzenzeiten ist heute schon der Bedarf nach einem Viertelstundentakt ausgewiesen.

Die Verbindung Zürich-Zug-Luzern ist ein Rückgrat zur Bewältigung der Verkehrsnachfrage in einer ausserordentlich dynamischen Wachstumsregion. Die öV-Nachfrage wird in den nächsten Jahrzehnten auf dieser Strecke ohne jeden Zweifel massiv wachsen.

Im internationalen Nord-Süd-Fernverkehr stellen der einspurige Albi- und Hirzeltunnel ein Nadelöhr dar. Dies auf einer Linie, welche Bestandteil einer wichtigen Zubringerstrecke zur NEAT ist. Sie liegt auf der Achse der beiden metropolitanen Grossräume Zürich und Mailand.

# Wer anderen eine Grube gräbt ...

Lisa Huber, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien | Bild Internet

**Die Zinnhütte Vinto, welche sich bis zur Nationalisierung durch den bolivianischen Präsidenten, Evo Morales, im Februar dieses Jahres im Besitz des in Zug ansässigen Rohstoffkonzerns Glencore befand, hat eine rege Geschichte von Besitzerwechseln hinter sich, die sich vor allem durch ihren Mangel an Transparenz auszeichnet.**

Um die Gründe für die Verstaatlichung von Vinto vollumfänglich zu erfassen, müssen wir im Jahr 1999 beginnen. Damals wurde der Metallkomplex, welchem die Zinnhütte Vinto angehörte, noch Eigentum der staatlichen Minenfirma COMIBOL. Laut Regierung hatte der Komplex, alle von der Regierung getätigten Investitionen mit eingerechnet, zu der Zeit einen Wert von rund 140 Millionen US-Dollar. Der Buchwert der Zinnhütte betrug 95 Millionen US-Dollar. Eine unabhängige Beratungsgesellschaft schätzte den Wert des Betriebes auf 47 Millionen US-Dollar. Da die damalige bolivianische Regierung diesen Wert jedoch als sehr hoch empfand, liess sie den Komplex abermals schätzen. Diesmal wurde die Schätzung von der Bank Paribas ausgeführt, welche nunmehr auf einen Wert von 10 Mio. US-Dollar kam. Nun schrieb die damalige Regierung den Metallkomplex zum Verkauf aus.

## In den Besitz von Glencore

Lediglich zwei Bewerber nahmen an der Ausschreibung teil. Einer davon der Ex-Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada (auch «Goni» genannt), der Eigentümer der Minengesellschaft COMSUR war. Mitbewerber war das weitgehend unbekannte britisch-indische Unternehmen Allied Deals. In einem Schnellverfahren wurde der Komplex weit unter seinem Wert an Allied Deals verkauft, wobei damals noch nicht bekannt war, dass diese der Geldwäscherei angeklagt war. Als Allied Deals wenig später bankrott ging, kaufte COMSUR 2002 den Metallkomplex für einen geheimen Preis. Bald darauf geriet

aber auch COMSUR in Schwierigkeiten und verkaufte im Jahr 2005 ihre Aktien mitsamt der Zinnhütte Vinto an Glencore. Gleichzeitig wurde eine Namensänderung von COMSUR in SINCHI WAYRA veranlasst.

## Illegale Transaktionen

Unregelmässigkeiten und ein grundsätzlicher Mangel an Transparenz bei den getätigten Transaktionen von Allied Deals, COMSUR und Glencore führt Morales als Rechtfertigung für die Verstaatlichung an. Bei seinen öffentlichen Ausführungen kam er zudem immer wieder auf zwei Beweggründe zurück: 1967 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die den Verkauf von Minen und Bergbauaktivitäten an Private verbot. Da der einst staatliche Komplex gemäss Verfassung gar nie zum Verkauf hätte ausgeschrieben werden dürfen, sind gemäss Morales alle getätigten Transaktionen illegal. Der zweite Beweggrund gründet in den Umständen, welche zur Zeit des Verkaufs des Metallkomplexes von Goni an Glencore in Bolivien herrschte. Der Ex-Präsident befand sich nämlich zu jener Zeit seit zwei Jahren im Exil in den USA, wohin er im Oktober 2003, unmittelbar nachdem er durch einen blutigen Volksaufstand gestürzt worden war, flüchtete. Seither läuft gegen den Ex-Präsidenten ein Verfahren, das ihn wegen seiner Verantwortlichkeit am Massaker vom «Schwarzen Oktober» zur Rechenschaft ziehen will. Da sich Goni jedoch nicht der bolivianischen Justiz stellen will, ist die Regierung zur Konfiszierung seiner Besitztümer übergegangen. Dazu gehören



Die verstaatlichte Zinnhütte Vinto in Bolivien.

11

laut Morales auch die Zinnhütte Vinto, da der Verkauf an Glencore seinerzeit illegal gewesen sei.

## Geschäfte nur vorgetäuscht

Der Ex-Präsident, die Konfiskation seiner Güter in Bolivien ahnend, habe laut der Regierung den Verkauf seiner COMSUR-Aktien an Glencore nämlich nur vorge-täuscht. Morales begründet diese Aussage einerseits damit, dass bis heute kein Kaufvertrag vorliegt, der diese Transaktion bestätigen würde. Zudem habe Glencore nach eigenen Aussagen 90 Millionen US-Dollar für die Aktien von Vinto bezahlt, obwohl die anfängliche Zuteilung bei 14 Millionen US-Dollar lag. Von der Unrechtmässigkeit der verschiedenen Geschäfte seit der Privatisierung der Zinnhütte ausgehend, folgert Morales also, dass Glencore ein unrechtmässiger Transfer angeboten und Bolivien seines Eigentums beraubt wurde.

## Entschädigung gefordert

Erwähnenswert ist auch, dass mit dem Verkauf der Zinnhütte an ein Schweizer Unternehmen das bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen der Schweiz und Bolivien aus dem Jahre 1991 ins Spiel kommt. Laut Glencore stellt nämlich die Verstaatlichung – und insbesondere das Ausbleiben einer Entschädigung – ein Bruch mit diesem Abkommen dar. ■

# Wir essen den Amazonas auf

Sibylle Zollinger, Mediensprecherin bei Greenpeace Schweiz | Bilder flickr.com

12

**Die steigende weltweite Soja-Nachfrage hat in Brasilien einen regelrechten Boom ausgelöst. Der neue Exportschlager bringt dem hoch verschuldeten Land Devisen, aber auch Zerstörung: Die Soja-Felder fressen sich immer tiefer in den Urwald hinein.**

Die Klimaanlage der Erde – so haben Wissenschaftler den Amazonas auch schon bezeichnet. Er reinigt die Luft, filtert Wasser und verhindert Erosion. Aber die Schatzkammer der Artenvielfalt und ihre Bewohner sind in Bedrängnis: In den vergangenen drei Jahrzehnten wurden Flächen von der Grösse Frankreichs gerodet. Wird diese rasante Entwicklung nicht gestoppt, könnte der brasilianische Regenwald schon in 30 bis 40 Jahren verschwunden sein. Denn ein neuer Feind ist aufgetaucht: die Sojabohne. Wegen ihres hohen Anteils an Protein ist sie eigentlich eine «goldene Pflanze», doch ihr rücksichtsloser Anbau richtet enormen Schaden an.

### **Kleine Bohne, grosse Wirkung**

Als 1982 erstmals Soja im Süden Brasiliens angepflanzt wurde, glaubte niemand, dass eine so kleine Bohne dem riesigen grünen Paradies gefährlich werden könnte. Doch mit der steigenden Nachfrage auf dem Weltmarkt rückten immer mehr Sojagrossfarmer dem Urwald zu Leibe. Mit verheerenden Konsequenzen: Wald und Mensch müssen gigantischen Monokulturen von bis zu mehreren tausend Hektar weichen. Von den 2003 und 2004 brandgerodeten 2,7 Millionen Hektar Wald wurden drei Viertel illegal vernichtet. Das Sojabusiness spielt sich in einem Sumpf von Zerstörung, Gewalt und Korruption ab, gegenü-

ber dem der Rechtsstaat kläglich versagt. Die Methoden der Grossfarmer sind häufig wenig zimperlich: Sowohl wenn es darum geht, an das begehrte Land zu kommen, als auch auf ihren Farmen, wo Menschen wie Sklaven schufteten. Gehen die Ansässigen – häufig Angehörige indigener Gemeinschaften – nicht freiwillig, werden sie vertrieben, ihre Häuser niedergebrannt.

### **Mord für 200 Franken**

Aus den letzten 33 Jahren sind allein im Bundesstaat Pará 772 Morde in Landkonflikten belegt. Jene, die mutig für Gerechtigkeit eintreten, leben gefährlich. «Vordergründig scheint die Gegend eine verschlafene Dschungelprovinz. Doch dahinter herrscht organisiertes Verbrechen. Landarbeiter werden für 200 Franken umgebracht, eine prominente Nonne und US-Bürgerin kostete 5000», schildert Kaspar



Sojaernte im Amazonasgebiet: In Brasilien wird auf fast 23 Millionen Hektar Soja angebaut. Das entspricht der Fläche Grossbritanniens.



Von den 2003 und 2004 in Brasilien gerodeten 2,7 Millionen Hektar Regenwald wurden drei Viertel illegal vernichtet.

Schuler, Geschäftsleiter Greenpeace Schweiz, seine erschütternden Erlebnisse bei seinem kürzlichen Besuch.

#### **US-Konzerne beherrschen Markt**

Dafür, dass sich der illegale Anbau für die Sojafarmer lohnt, sorgen die drei US-Getreidehändler Cargill, Bunge und Archer Daniels Midland (ADM) sowie der brasilianische Sojakönig Blairo Maggi. Die drei US-Konzerne allein kontrollieren zusammen 60 Prozent der brasilianischen Exporte und sind auch direkt an der Urwaldvernichtung

beteiligt, etwa durch Schaffung von Infrastruktur. So hat Cargill in Santarém mitten im Amazonasgebiet eine Soja-Schiffverladestation gebaut – auch das ungesetzlich.

#### **An Tiere verfüttert**

2,5 Millionen Tonnen der brasilianischen Soja stammen heute aus Urwaldgebieten – und es werden stetig mehr. 2005 hat sich Brasilien vor den USA und Argentinien als Nummer eins unter den Sojaproduzenten positioniert. 2004 verliessen satte 38 Millionen Tonnen das Land. Doch was passiert mit diesen Unmengen?

In Form von Sojaschrot landen sie grösstenteils im Futtertrog von Tieren. An der Spitze der Importländer stehen die EU und China. Auch die Schweiz bezog letztes Jahr 84 Prozent ihrer Soja aus Brasilien, woher genau ist schwer eruierbar. Für eine Garantie, dass Lebensmittel aus Soja und insbesondere Fleisch von damit gefütterten Tieren nicht aus zerstörtem Urwald stammen, muss ihre Herkunft aus Brasilien und anderen Urwaldländern ausgeschlossen werden. Zumindest heute noch gilt für den Konsumenten: Nur Fleisch aus ökologischer Tierhaltung ist sicher.

#### **Atempause für den Urwald**

Greenpeace arbeitet seit 1998 gegen die Amazonas-Zerstörung – als einzige internationale Umweltorganisation mit Büro und Belegschaft vor Ort. Im April 2006 verstärkte sie mit dem Bericht – «Eating up the Amazon» den internationalen Druck auf die Lebensmittel- und Futterindustrie. Darin wird aufgezeigt, wie sich der europäische Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten auf Amazonien auswirkt. In der Folge forderten McDonald's und verschiedene Lebensmittelhändler zusammen mit Greenpeace von Cargill, Bunge, ADM und Maggi, den illegalen Sojaanbau im Regenwald zu stoppen.

#### **Teilerfolge zu verbuchen**

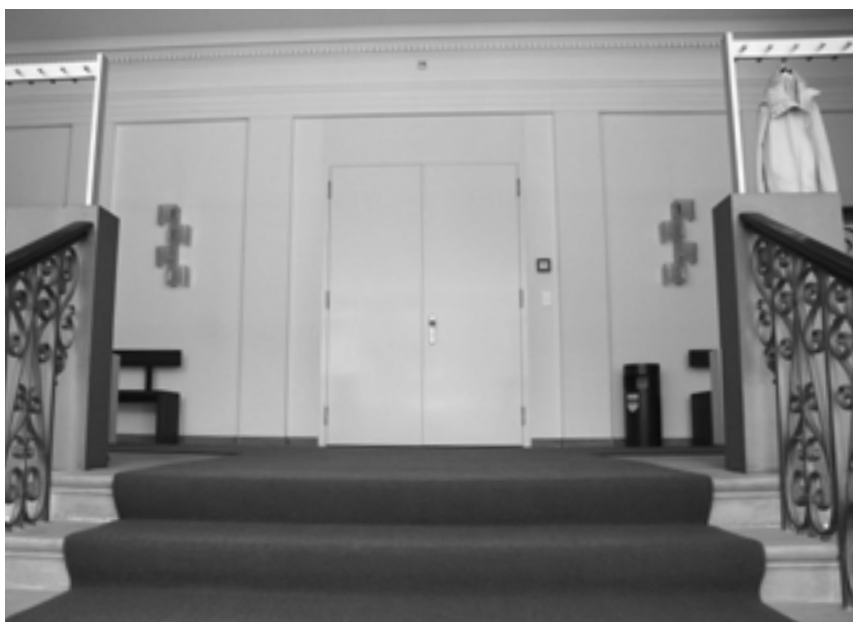
Die Verhandlungen endeten im Juli 2006 mit einem Teilerfolg: Die vier Sojagiganten stimmten einem Moratorium zu. Sie werden zwei Jahre lang auf den Kauf von Soja von im Regenwald frisch angelegten Feldern verzichten. «Eine Atempause für den Urwald», so Thomas Henningsen von Greenpeace International. «Sie muss genutzt werden, um einen ökologischen und sozialverträglichen Landnutzungsplan zu vereinbaren, der ein Netzwerk von Schutzgebieten einschliesst.» ■

# Es geht auch anders

Gerhard Schmid, Hünenberg | Bilder Adelina Odermatt

14

**Seit dem Einzug zweier Alternativer in den Zuger Regierungsrat wurde die Kommunikationsschraube kräftig angezogen. Abweichende Meinungen innerhalb der Regierung sollen nicht mehr nach aussen dringen. Dass es auch anders ginge, zeigt das Beispiel Solothurn, wo nicht nur Kantonsrats-, sondern auch Regierungsratssitzungen für die Öffentlichkeit zugänglich sind.**



Zuger Regierungsratszimmer: kein Zutritt.

Landammann Joachim Eder schwadroniert gerne über Transparenz und Bürgernähe, aber ausgerechnet er lancierte in der ersten Regierungsratssitzung in neuer Zusammensetzung ein restriktives Konzept im Umgang mit Öffentlichkeit. Unter der Etikette Kollegialitätsprinzip sollen Regierungsräte nicht mehr das Recht haben, eigene Meinungen öffentlich zu äussern, wenn sie nicht dem Mainstream der Regierenden entsprechen. Andererseits ist es offenbar legitim, mit Traktaten aus Steuergeldern und hoch bezahlten «Experten» auf so genannten Informationspodien Propagandawalzen loszutreten, wenn es der Parlamentsmehrheit in den Kram passt, so geschehen beim knapp gewonnenen 230-Millionen-Kredit für die Luxus-

Umfahrung Cham–Hünenberg oder wenn es darum geht, unausgewogene Steuervorlagen unter dem Label «Ja zum fairen Steuergesetz» zu vermarkten. Mit der nichts sagenden Floskel «Die Regierung muss nach aussen geschlossen auftreten» über-tünchen die Einheitsbrei-Strategen die Tatsache, dass man als EinwohnerIn zur eigenen Meinungsbildung durchaus wissen möchte, wie die Regierungsmitglieder im politischen Tagesgeschäft agieren und reagieren.

## Gegenbeispiel Solothurn

Der Kanton Solothurn ist flächenmässig mehr als dreimal so gross wie Zug und zählt 250'000 Einwohner (Zug 105'000). Mit 10 Bezirken und 126 Gemeinden ist er aber viel differenzierter strukturiert. Die 12

Departemente der Exekutive verteilen sich auf fünf Regierungsräte, je zwei FDP- und CVP- sowie ein SP-Vertreter, von denen derzeit eine einzige Dame mitwirkt. Der amtierende Landammann – der jüngste im Gremium und seit eineinhalb Jahren im Amt – präsidiert gleichzeitig die SP-Sektion seines Wohnbezirks. In Zug hätte eine solche Ämterkombination das Protestgeschrei der rechtsbürgerlichen Phalanx auf sicher. Solothurn kennt seit jeher nichts anderes als den freien Zugang zu Kantons- und Regierungsratssitzungen, entsprechend dem Refrain im Solothurner Lied «S isch jo immer, immer, immer eso gsi». Die Regierung tagt in der Regel dienstags, die Traktanden sind auf der Website des Kantons für jedermann einsehbar.

## Kollegial und effizient

Es ist beeindruckend, wie speditiv die traktandierten Geschäfte abgewickelt werden. Bleibt eine Frage offen, ist im Nu entschieden, wie die Weiterbearbeitung vor sich geht. Es herrscht eine konzentrierte, ruhige Atmosphäre, der Umgangston ist sachlich und entspannt, wobei auch Humor und Kraftausdrücke ihren Platz haben.

Der Mediensprecher des Regierungsrates kann während den Sitzungen nicht über Bewegungsmangel klagen. Immer wieder verlässt er den Raum und eilt ans Telefon, um Privatpersonen, Unternehmen oder Institutionen über einen für sie relevanten Beschluss zu informieren, damit ihm nicht die anwesenden Medienvertreter darin zuvorkommen.

Für den Staatsschreiber geht es nach aussen hin gemüthlicher zu. Doch der Eindruck täuscht: Nur dank seiner sorgfältigen Planungs- und Vorbereitungsarbeit kann er sich an den Sitzungen entsprechend zurücklehnen, ganz abgesehen davon, dass er im Nachhinein wieder am Zuge ist für das Protokoll und weitere sich daraus ergebende Schritte.



Solothurn ist anders, der Regierungsrat tagt öffentlich.

### Grenzen des Öffentlichkeitsprinzips

Neben Routinebeschlüssen oder spannenden Themen wie erste und zweite Fremdsprache in der Primarschule, Schaffung von Tageschulen, Zusammenarbeit mit Zug bei der Höheren Fachschule für Pflegepersonal, Verlängerung einer Bahnlinie, ökologisch ausgerichteten Motorfahrzeugsteuern, Notfallübungen in schweizerischen Kernanlagen, Verfassungsbestimmung zum Hooliganismus, Auflösung des Dienstverhältnisses von Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeitern der kantonalen Verwaltung usw. gibt es Geschäfte, worauf man sich als ZuhörerIn zu früh freut, z.B. «Droht im Fall XY nach dem Pensionskassendeckel ein Justizdebakel?» Hier beschränkt man sich darauf festzulegen, welches Departement sich damit auseinander setzen muss. Art. 63, Abs. 1 der Kantonsverfassung legt dar, was hinter verschlossenen Türen auszuhandeln ist: «Die Beratungen [...] des Regierungsrates sind öffentlich, soweit schützenswerte private oder öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.» Alles in allem gewinnt man als BesucherIn

einen Begriff davon, wie anspruchsvoll, komplex und arbeitsintensiv Regierungstätigkeit ist.

### Und Zug?

Unser Kanton ist in der gegenwärtigen politischen Konstellation ausser Stande für eine derartige Öffnung oder nur schon für eine Lockerung der aktuellen Maulkorbpraxis. Die regierungsrätlichen Abschottungsmechanismen sind nämlich durchaus adäquate Mittel in einem Klima, wo das Geld den Geist beherrscht. In Zug lassen sich die Zuhälter des Grosskapitals möglichst wenig in die Karten blicken und bauen ihren politischen Einfluss kontinuierlich aus, dies mit dem (erwünschten?) Nebeneffekt, dass Leute mit «vernünftigen» Einkommens- und Vermögensverhältnissen beginnen, mit den Füßen abzustimmen und in Scharen dem für Normalverdienende unwirtschaftlichen Kanton den Rücken kehren. Dieser Trend wird sich vermutlich bald verstärken durch den Exodus kantonalen Angestellter, welche nach der radikalen Sparrunde bei der Pensionskasse die Nase voll haben. Hier obsiegte in der Volksab-

stimmung bekanntlich ein hauchdünnes Mehr von 21 Stimmen zu Gunsten der Stahlhelmfraktion im Kantonsrat. ■



Eingang zum Regierungsgebäude in der Ambassadorsstadt Solothurn.

# Strassen statt Lebensqualität

Berty Zeiter, Kantonsrätin Alternative, Baar | Bilder Adelina Odermatt

16

**Im Kanton Zug grassiert das Strassenbaufieber: Am 11. März 2007 bewilligte das Zuger Stimmvolk äusserst knapp 230 Millionen Franken für die Umfahrung Cham-Hünenberg. Anfangs Mai 2007 fand der Spatenstich statt für die Nordzufahrt, die direkte Verbindung von der Autobahnausfahrt Baar ins Zuger Stadtzentrum. Und am 26. April 2007 orientierte die Baudirektion über die geplante Tangente Neufeld.**

Die Hochleistungsstrasse Tangente Neufeld soll auf drei Kilometern Länge von der Autobahnausfahrt Baar unter der Kreuzung Neufeld durch nach Inwil und dann dreispurig den Hang hoch führen, wo sie beim Bauernhof Margel in die Ägeristrasse münden würde. In der Ebene zwischen der Zugerstrasse und Inwil sind drei riesige Kreisel vorgesehen, nämlich eine Einmündung der verlängerten Industriestrasse in die Tangente, dann ein Knoten Inwilriedstrasse und ein Knoten Rigistrasse. Unter dem Bauernhof Geissbühl durch wird die Strasse in einen 360 Meter langen Tunnel gelegt. Die restliche Strassenführung bleibt offen und wird teilweise durch Lärmschutzwälle und -wände von bis zu 3,50 Meter Höhe abgeschirmt. Die Kosten wer-

den auf 200 Millionen Franken geschätzt.

### Zielen und daneben schiessen

Die Wurzeln der Tangente Neufeld liegen im Wunsch von Gewerbetreibenden im Berggebiet und aus dem Göbli, einen direkten Anschluss an die Autobahn zu erhalten. Das Projekt entwickelte sich dann zu einem Selbstläufer. Denn eine Erfassung der Verkehrsströme zeigte bereits in einer Studie aus dem Jahre 2000 auf, dass nur ein kleinerer Teil der Fahrzeuge ab dem Knoten Talacher auf die Autobahn wollen. Die weitaus meisten Autos sind mit Ziel nach Baar oder Zug unterwegs. Damit wird ein weiteres Ziel des Projektes, nämlich eine wirksame Entlastung der stark befahrenen Abschnitte in den Ortskernen von Baar und Zug,

als illusorisch entlarvt. Die detaillierten Modellrechnungen für das Jahr 2020 belegen klar, dass im Ortszentrum von Baar die Verkehrsmenge nur wenig reduziert, also weiterhin auf hohem Niveau verharren wird. Ebenso ist für die Stadt Zug keine Zentrumsentlastung zu erwarten, die Verkehrsmenge auf der Ägeristrasse wird nahezu unverändert bleiben.

Bedenkenswert ist auch, dass der Knoten Süd-/Weststrasse direkt nach der Autobahnausfahrt Baar bereits durch die Nordzufahrt überlastet sein und Stausituationen hervorrufen wird. Die Baarerstrasse südlich des Neufelds jedoch wird durch die in Bau befindliche Nordzufahrt entlastet.

### Bedenkliche Auswirkungen

In seiner Vernehmlassung zum Generellen Projekt weist der Gemeinderat Baar darauf hin, dass sowohl die Lärm- wie auch die Luftschadstoffbelastung entlang der Tangente zunehmen und so die Wohnnutzung und die Erholungsfunktion beeinträchtigen werden. Es ist davon auszugehen, dass trotz kostenintensiver Lärmschutzmassnahmen die massgebenden Grenzwerte nicht überall eingehalten werden können. Ganz besonders kritisch jedoch wird sein, dass der landwirtschaftlich genutzte Grün- und Naherholungsraum zwischen Baar und Inwil zerschnitten wird. Durch das Anknabbern des grünen Gürtels zwischen Zug und Baar durch die Linienführung der Tangente wird die Erschliessung für neue Bauzonen provoziert.

Das Fazit des Gemeinderates Baar tönt sehr kritisch gegenüber diesem neuen Projekt: «...Bezüglich der Immissionen ist im Zentrumsgebiet von Baar nicht mit einer markanten Verbesserung zu rechnen. Im Süden von Baar mit den Wohngebieten Inwil und Neufeld sowie im Siedlungsgebiet im Hangbereich



Noch bessere öV-Angebote statt zusätzlicher Durchgangsverkehr für den Berg.





Die mittelfristig letzte verbleibende grüne Lunge zwischen Zug und Baar darf nicht zerstört werden!

verschlechtert sich hingegen die Situation. Negativ zu werten ist die erforderliche offene Linienführung in der freien Landschaft und die damit einhergehende Zerschneidung intakter Kulturlandschaften. Diese zunehmende Belastung mit Beeinträchtigung von wertvollem Naherholungsgebiet ist nachteilig... Mit Blick auf eine umfassende Kosten-/Nutzenabwägung wirft das vollständige Projekt Tangente Neufeld sicherlich gewichtige Fragen auf.»

#### Im Interesse der Berggemeinden?

Es wird immer wieder räsoniert, die Berggemeinden müssten nun endlich auch ihren Anteil an den Verkehrserleichterungen und -förderungen im Kanton Zug erhalten. Es stimmt, dass die markantesten Innovationen in den letzten Jahren im Talgebiet stattgefunden haben - vor allem durch den Ausbau der Stadtbahn. Doch auch die Berggemeinden haben bessere Anbindungen durch den öffentlichen Verkehr an den Bahnhof Zug erhalten. Problematisch entwickelt sich der hausgemachte Individualverkehr im Ägerital jedoch durch die rege Bautätigkeit. Ebenso leidet Menzingen an zunehmendem Durchgangsverkehr durch die enge Dorfdurchfahrt, der durch die modernen Navigationssysteme wie GPS und andere Routenplaner noch verstärkt wird.

Würde die Tangente gebaut und so eine bessere Anbindung des Berggebietes an die Autobahn A4 hergestellt, müsste mit einem massiven Anschwellen des Durchgangsverkehrs durch das Ägerital und durch Menzingen gerechnet werden. Das

dürfte von den verkehrsgeplagten Anwohnerinnen und Anwohnern nicht goutiert werden. Auf eine Interpellation der Menzinger Kantonsmitglieder hielt der Regierungsrat jedoch fest, dass er keine Möglichkeit sähe, auf Routenempfehlungen der Navigationssysteme Einfluss zu nehmen. Und dem touristisch ausgerichteten Ägerital wird diese Tendenz ebenfalls nicht zuträglich sein.

Durch den Bau eines direkten Zubringers auf die A4 würden die Berggemeinden zusätzliche Attraktivität für Pendler in die Regionen Zürich und Luzern gewinnen. Der heute schon zu beobachtende negative Trend, dass sich die Berggemeinden zunehmend von Wohn- zu Schlafgemeinden entwickeln, würde durch die Tangente Neufeld stark beschleunigt.

#### Die wichtigsten NEIN-Argumente

Die Alternative Fraktion des Kantonsrates hat sich bereits vor der Ausarbeitung des Generellen Projektes gegen dieses Strassenprojekt ausgesprochen. Die Kritik hat sich im Verlaufe der letzten drei Jahre noch verstärkt. Die Tangente Neufeld darf nicht gebaut werden,

- weil die bedrohliche Klimaerwärmung eine strukturelle Verminderung der Verkehrsströme unausweichlich macht;
- weil durch die absehbare Verknappung und Verteuerung des Erdöls das Verkehrsaufkommen nicht mehr im gleichen Masse anwachsen wird wie bisher;
- weil der Durchgangsverkehr durch die Berggemeinden nicht gefördert

werden soll;

- weil das wichtige Naherholungsgebiet zwischen Baar und Inwil erhalten bleiben muss;
- weil die grüne Lunge zwischen Zug und Inwil nicht provokativ für neue Bauzonen erschlossen werden soll;
- weil Lärm- und Luftschadstoffbelastungen nicht vermindert, sondern nur umgelagert würden;
- weil diese Hochleistungsstrasse neue Verkehrsflüsse generieren und die Stauprobleme nur in die Berggemeinden verlagert würden.

#### Kritische Bevölkerung

Der 230-Millionen-Kredit für die Umfahrung Cham-Hünenberg (UCH) wurde mit einem Zufallsmehr von 0,3 Prozent der Stimmen sehr knapp angenommen. Die teilweise deutliche Ablehnung durch die Mehrheit der Zuger Gemeinden (7 von 11) ist alles andere als eine Carte Blanche für den weiteren Strassenbau. Aussagekräftig ist auch, dass alle Berggemeinden (ausgenommen Neuheim) den Kredit abgelehnt haben, obwohl die Strassenbefürworter sie zur Solidarität aufgerufen haben, damit auch ihre Verkehrsbelastung einmal gebaut würde.

Der Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik, der angesichts des Klimawandels und der schwindenden Ölreserven angesagt ist, braucht Zeit. Doch das Zufallsergebnis bei der UCH ist als nicht zu übersehendes Wetterleuchten am Horizont zu werten, das uns bestärkt, den Kampf gegen die überrissenen Strassenbauprojekte weiterzuführen. ■

# Vollampf beim öffentlichen Verkehr im Kanton Zug

Eric Frischknecht, Kantonsrat Unabhängig-Grünes Forum, Hünenberg | Illustration AöV

18

**Am 30. April liess sich die Alternative Fraktion von Hans-Kaspar Weber, Leiter des Amtes für öffentlichen Verkehr, über Stand und Entwicklungsperspektiven des öV im Kanton Zug informieren. Hier einige ausgewählte Informationen aus diesem interessanten Referat.**

Der Kanton Zug ist bekanntlich der Wachstumskanton in der Schweiz, mit den Vorteilen und auch den Nachteilen, die damit zusammenhängen. Und diese Entwicklung wird weitergehen. Laut aktuellem kantonalem Richtplan wird der Bevölkerungszuwachs bis im Jahr 2020 ca. 25% erreichen. Parallel dazu soll laut Prognosen die Nachfrage nach Mobilität um ca. 40 % ansteigen...

## Starkes Wachstum

Eine gewaltige Herausforderung für den öV im Kanton Zug, wenn er da mithalten will oder seine Position sogar noch etwas ausbauen möchte. Da beispielsweise die Transportkapazität der Busse nicht beliebig erhöht werden kann, besteht die Gefahr, dass die Busse überfüllt sind; sie könnten auch in Verkehrsstaus stecken bleiben, die Einhaltung des Fahrplans würde erschwert, die Anschlüsse zwischen Bahn und Zug würden unzuverlässig. Und der Slogan «Bahn und Bus aus einem Guss» könnte weitgehend hinfällig werden. Die heutige Zufriedenheit mit dem öV im Kanton Zug ist zwar recht hoch (siehe Kasten). Trotzdem muss jetzt schon gehandelt und Massnahmen für die Zukunft müssen geplant werden, damit dieser positive Zustand auch erhalten bleibt. Zum Glück hat der Kanton ein initi-

atives Amt für den öffentlichen Verkehr, welches die auf uns zukommende Entwicklung analysiert und Lösungen für die Zukunft sucht. Im Hinblick auf den Zeithorizont 2012 gibts vier Kernbereiche:

### 1) Doppelspur-Ausbau zwischen Cham und Rotkreuz

Entlang der auszubauenden Strecke sind die Baustellen bereits seit einigen Wochen sichtbar, daher wird dieser Ausbauschnitt in der Bevölkerung bereits deutlich wahrgenommen. Ab 7. Dezember 2008 wird der dann abgeschlossene Ausbau auch einen massiven Ausbau des Angebotes der Stadtbahn zwischen Rotkreuz und Cham zum Viertelstundentakt und zwischen Luzern und Rotkreuz zum Halbstundentakt erlauben. Da sind sich alle einig: Die Kosten von 46 Mio. Franken, davon 20 Mio. zu Lasten

des Kantons, sind mehr als gut investiertes Geld.

Weitere Schritte betreffen sowohl die Stadtbahn, die Bahnlinien wie den bisherigen Busverkehr. Nachfolgend sind die wichtigsten aufgezählt:

### 2) Ausbau der Stadtbahnlinie S2

Ziel ist ein Ausbau des Angebotes: Eine Verdichtung des Fahrplans (halbständlicher statt stündlicher Takt) zwischen Baar Lindenpark und Walchwil und eine bessere Er-

schliessung dank neuen Haltestellen sollen gewährleistet werden. Dafür ist ein Infrastrukturausbau nötig:

- das dritte Gleis zwischen dem Bahnhof Zug und der Haltestelle Lindenpark
- zwei neue Haltestellen beim Casino und beim Hörndli
- eine zusätzliche Kreuzungsstation bei Oberwil.

Bereits im Herbst 2007 wird die Planaufgabe für diese Vorhaben stattfinden, und Mitte 2008 wird der Kantonsrat darüber zu befinden haben. Der Spatenstich ist im Dezember 2008 geplant.

### 3) Kapazitätsausbau auf den Buslinien (Feinverteiler)

Hier wird es die Änderungen geben, die am meisten Zuger und Zugerinnen betreffen werden. Weil eigentliche Trams im Vergleich zur erwarteten Nachfrage für das Jahr 2020 doch noch eine Nummer zu gross sind, wird der Einsatz von so genannten «Pneutrams» ins Auge gefasst. Das sind Doppelgelenkfahrzeuge, die eine respektable Länge von 25 Meter aufweisen und eine Kapazität von ca. 190 Personen pro Fahrzeug haben. Dank ihrem Niederflerbau und dem durchgehenden Innenraum haben sie trotz ihrem konventionellen Antrieb eine Ähnlichkeit mit Trams. Grosser Vorteil dieses Transportmittels: eine Kapazitätssteigerung von ca. 35 Prozent. Auf gewissen Linien ist zudem eine Verdichtung des Fahrplans zum 7,5-Minuten-Takt geplant. Die Linienführung soll dagegen in ihrem Grundkonzept weitgehend gleich bleiben.

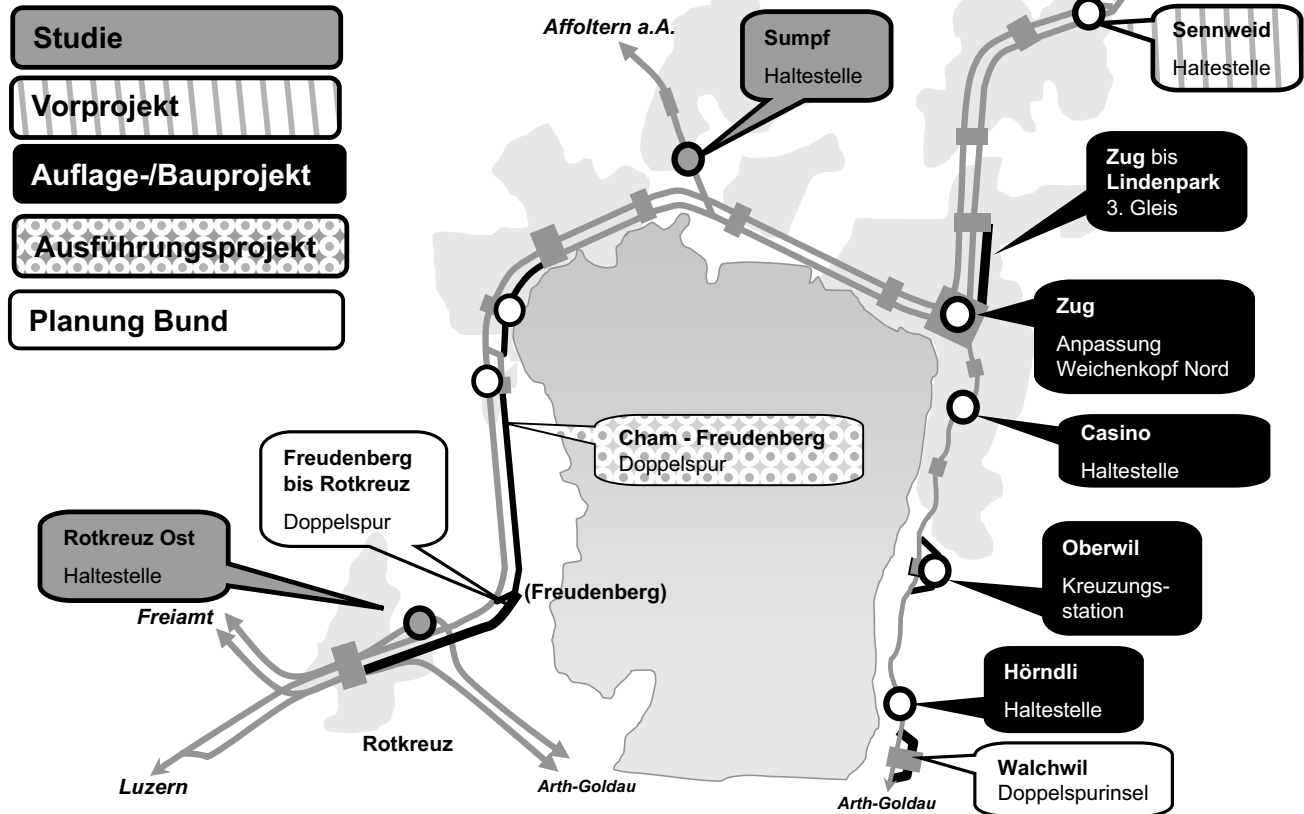
### Trassees freihalten

Für den Raumbedarf der zukünftigen Trassees des öV ist eine entsprechende Raumfreihaltung nötig, welche zurzeit ebenfalls in Planung ist. Dies ist besonders angesichts des momentanen Baubooms von grosser Bedeutung.

#### Zufriedenheit der Zuger Bevölkerung mit den Zuger öV-Angebot im Oktober 2005:

54%:	sehr zufrieden
35%:	eher zufrieden
9%:	eher nicht zufrieden
2%:	gar nicht zufrieden

# Stand Bahnprojekte



## Zeitlicher Ablauf für den Feinverteiler

Die Planungsarbeiten für die geplanten Verbesserungen für das Jahr 2012 sind zum Teil bereits seit 2005 im Gange. 2008 sollen die Bauprojekte erarbeitet werden und 2009 kommt dieser Ausbauschritt ins Parlament.

## 4) Bahnerschliessung für weitere Wohn- und Arbeitsgebiete

Hier geht es langfristig um die Planung von zusätzlichen Haltestellen, die in Rotkreuz Ost, im Sumpf (Steinhausen) und in der Sennweid (Baar) vorgesehen sind. Bekanntlich ist die Nähe einer Haltestelle zum Wohn- oder Arbeitsort ein wichtiges Kriterium für die Verkehrsmittelwahl. ■

## Konsequent Angebot ausbauen

Insgesamt sind eine ganze Reihe von kleineren bis grossen Verbesserungen geplant. Man kann zwar nicht von revolutionären Massnahmen sprechen, aber der bisherige Weg in Richtung einer konsequenten Ausbaus der Infrastruktur und des Angebotes, ständiger Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit, und der Nähe zu den potentiellen Kunden und Kundinnen wird mit Überzeugung und grossem Engagement weiter beschritten. Die Aussichten stehen somit gut, dass der heute gute Ruf des Zuger öV beibehalten werden kann.

Der öV wird auch in Zukunft den Kantonsrat beschäftigen – das ist gut so. Nur ein ständiger Ausbau der Kapazität und der Attraktivität des öV

ermöglicht es diesem, sich in dem schier unbeschränkt wachsenden Mobilitätsbedarf zu behaupten.

Die Haltung des Amtes entspricht auch der Haltung der Regierung: Der öV soll nach Bedarf ausgebaut werden, der motorisierte Individualverkehr (MIV) dagegen mit dem Angebot gesteuert werden.

Wichtig ist eine aktive Haltung beim Ausbau des öV. Die Erfahrungen zeigen, dass es sehr schwierig ist, einmal bestehende Gewohnheiten zu ändern (wenn einmal das Zweit- oder Drittauto angeschafft ist, dann wird ein Umsteigen auf den öV tatsächlich eine ganz teure Sache...). Folglich sollte das öV-Angebot tendenziell vor der Nachfrage da sein, damit von Anfang an der öV genutzt wird.

# Grün wie ein Zigerstöggli

Myrta Giovanoli, Präsidentin Grüne des Kantons Glarus | Bilder Grüne Glarus und Thomas Gubelmann

20

**Eigentlich ist es erstaunlich: in Graubünden gibt es keine Grüne Partei, in Schwyz gibt es sie erst seit wenigen Tagen, aber in Glarus, das von vielen mal despektierlich, mal liebevoll «Zigerschlitz» genannt wird, da gibt es aktive Grüne. Für die Grösse des Kantons (38'000 EinwohnerInnen) zudem nicht wenige: rund 120 eingeschriebene Mitglieder.**



Glarner Grüne: Seit 1988 Mitglied der Grünen Schweiz, seit 1998 mit sechs Sitzen Fraktionsstärke.

Im Mai 1987 entstanden die «Glarner Umweltgruppen», ein Zusammenschluss der bereits bestehenden lokalen Gruppen, die sich für Umweltanliegen engagierten. Die einen sammelten und trennten damals Abfall, die anderen kompostierten, setzten sich für Parkplatzbewirtschaftung ein, organisierten Börsen von gebrauchten Gegenständen und vieles andere mehr. Bald wurden die Glarner Umweltgruppen (GUG) auch politisch aktiv und stellten einen ersten Vertreter im 80-köpfigen Landrat, dem Kantonsparlament. Lange war er allein Aushängeschild und Galionsfigur der GUG, erst in den 90er Jahren folgten drei weitere Landräte. 1998 erreichten die GUG mit sechs Sitzen Frakti-

onsstärke. Im Jahr 2000 fiel dann der Entscheid, sich fortan «Grüne des Kantons Glarus» zu nennen, nachdem es oft zu Verwechslungen der Glarner Umweltgruppen mit der lokalen Umweltgruppe Glarus gekommen war.

Die Grünen des Kantons Glarus verstehen sich als politische Partei und sind seit 1988 Mitglied der GPS; bei den Mitgliedern der lokalen Umweltgruppen hingegen finden sich verschiedene Ausrichtungen: lokal- und regionalpolitische, aber auch solche, die sich in praktischen Einsätzen für die Natur (wie die bereits erwähnten) zeigen und mit Parteipolitik nichts zu tun haben wollen oder Mitglied anderer Parteien sind.

## Umfahrungsstrassen

In den vergangenen 20 Jahren waren Umfahrungsstrassen mehrmals auf den Traktandenlisten der GUG und der Grünen: 1997 war eine Umfahrungsstrasse für Näfels geplant, die die GUG mit mehreren Aktionen (Markieren der geplanten Strasse auf den Feldern, Nein-Kampagne, Neinfest, usw.) bekämpften. 2000/2001 wurde ein viel umfassenderes Umfahrungsprojekt vorgelegt, das dank einem breit abgestützten Komitee und einer sehr wirksamen Kampagne an der Landsgemeinde zurückgewiesen werden konnte. Der nächste Entwurf von drei Umfahrungsstrassen liegt allerdings bereits in den Schubladen des Baudepartements und wird die Grünen wiederum beschäftigen.

## Frauenthemen

Bereits 1995 setzten sich die GUG in Kommissionen für Frauenförderung ein. Zudem organisierten sie eine Veranstaltungsreihe zum Thema «Frauensache Politik». 1997 reichten die GUG einen Memorialsantrag zum Geschlechterproporz ein, der allerdings vom Landrat als unzulässig erklärt wurde, weil er gegen die Wahlfreiheit verstosse. 1996 wurden dann die «Grünen Frauen Glarus» gegründet. Sie organisierten im Laufe der Jahre mehrmals den Tag der Frau am 8. März, sie führten mehrere «Wohlfühlbadi» durch, bei denen lokale Anbieterinnen von Wohlfühl-Angeboten wie Massage, Reiki, Dan-Energie, Aromatherapie, Kinesiologie usw. ihre Arbeit vorstellen und Frauen diese nutzen konnten. Männer wurden da fast etwas neidisch... Angebote für Frauen, aber auch für Männer waren zudem die wiederkehrenden Discos. Die grünen Frauen führten jedoch auch politische Diskussionsrunden durch, sie unterstützten die erste (und bisher einzige) Glarner Regierungsrätin und befassten sich unter anderem



Das 3-Gemeinde-Modell der Grünen hatte im Landrat keine Chance, ein parteiloser Antrag an der Landsgemeinde aber wurde zum Erstaunen aller angenommen.

mit dem developmentpolitischen Leitbild des Kantons.

### Gemeindefusion

Wie schweizweit bekannt wurde, beschloss die letztjährige Landsgemeinde, die bisherigen 25 Gemeinden des Kantons auf drei zu fusionieren. Der Antrag, ein Dreier-Modell auszuarbeiten, war im Landrat von den Grünen gestellt worden, hatte dort aber kein Gehör gefunden. Zur Abstimmung gelangte schliesslich eine Reduktion auf zehn Gemeinden. Die Grünen plädierten an der Landsgemeinde auf Rückweisung, damit das Dreier-Modell genauer überprüft werden könne. Doch ein Parteiloser stellte den Antrag, direkt drei Gemeinden zu bilden, was zum Erstaunen aller angenommen wurde. Die neuen Strukturen werden die Grünen intern wie extern beschäftigen: Intern geht es darum, auch jene Kreise, die sich als apolitisch verstehen und daher nicht Mitglied der Grünen sein wollen - es de facto aber sind - einzubinden ohne, sie vor den Kopf

zu stossen. Extern geht es darum, an der Schaffung der neuen Strukturen mitarbeiten zu können, sei es in Kommissionen oder später in den neuen Räten. Die damit verbundene Änderung der Wahlkreiseinteilung könnte den Grünen zusätzliche Sitze bringen.

### Axpo will Kraftwerk ausbauen

Des Weiteren plant die Axpo den Ausbau des bestehenden Wasserkraftwerks in Linthal zu einem Pumpspeicherwerk, das soviel Strom wie ein AKW produzieren soll. Problematisch ist aus Sicht der Grünen, dass durch das Pumpen Strom vernichtet wird und dass der eingespeiste Strom vermutlich «schmutziger» – weil aus Atom- und Kohlekraftwerken stammender – Strom ist. Dieses Problem besteht heute schon und wird durch das neue Projekt eher gemildert. Es geht im Moment noch darum, diese Verbesserungen rechtlich zu sichern. Andererseits sehen auch die Grünen, dass der Kanton, der finanziell nicht auf Rosen gebettet ist, die 170 Mio Franken Abgeltung gut gebrauchen kann. Es geht daher darum, in Verhandlungen mit den Umweltverbänden und dem Kanton möglichst gute Bedingungen für die Natur herauszuholen und den zu erwartenden Geldsegen nachhaltig zu nutzen.

### Mehrverkehr im Naherholungsgebiet

Viel zu reden und zu schreiben gibt derzeit zudem ein geplantes grosses Einkaufszentrum auf dem Gemeindegebiet von Mollis, das in nächster Nähe des Naherholungsgebietes von Weesen (Kanton St. Gallen) zu stehen käme. Obwohl das Center, das umfangmässig in etwa dem Glattcenter entsprechen würde, in der Industriezone gebaut würde, ist vorauszusehen, dass der Mehrverkehr die Wohnqualität in Weesen und Umgebung schmälern würde. Daher haben EinwohnerInnen be-

reits eine Petition gegen das Projekt lanciert. Zudem ist zu befürchten, dass die Detailgeschäfte im Kanton Glarus unter Druck geraten würden – einige davon können sich bereits jetzt kaum halten – und dass die Versorgung der Bevölkerung durch das Schliessen der kleinen Läden nicht mehr gewährleistet wäre. Auch dem Argument, es würden durch das Einkaufszentrum Arbeitsplätze entstehen, halten die Grünen entgegen, dass es wohl primär um eine Arbeitsplatzverschiebung geht. Im Glarner Hinterland, das jetzt schon durch Abwanderung geprägt ist, gingen noch mehr Arbeitsplätze verloren. Die Grünen LandrätInnen haben bereits 2005 eine Interpellation zum Thema eingereicht, die nur zum Teil beantwortet wurde. Zurzeit liegt der Umweltverträglichkeitsbericht vor, der nun von der Grünen Fraktion kritisch unter die Lupe genommen wird. Die Chancen, gegen das Projekt vorgehen zu können, sind allerdings gering: die (noch) einspracheberechtigten Umweltorganisationen widersetzen sich nicht, da in Verhandlungen Kompromisse erarbeitet wurden, die z.B. die Anbindung an den öffentlichen Verkehr, die Reduktion der geplanten Parkplätze, die Erstellung des Gebäudes in Minergie-Standard, usw. beinhalten. Einzig der VCS Schweiz überlegt sich ein Vorgehen in eigener Regie.

### Jubiläumsfeier

Neben diesen ernsthaften Geschäften ist der Vorstand auch mit Lustvollerem beschäftigt, mit der Vorbereitung der Jubiläumsfeier vom 23. Juni. Dabei werden als Gäste Cécile Bühlmann und Ueli Leuenberger zu einer Talkrunde erwartet, und der Schriftsteller Emil Zoppi wird aus einem Krimi mit grünen Protagonisten lesen. Daneben wird natürlich mit Musik und Tanz, mit Speis und Trank auch fürs leibliche Wohl gesorgt werden. ■

# In der Kröntenhütte

Andreas Kuhn, Präsident Forum Oberägeri

22

**Gemäss einer Empfehlung aus der letztjährigen Analyse des BULLETINS sollen inskünftig auch die alternativen Ortsgruppen regelmässig zu Wort kommen. In der Themenwahl sind sie frei: Von aktuellen Brennpunkten bis zu Un- oder Apolitischem ist alles willkommen.**

Der BULLETIN-Leserschaft möchte ich ein besonderes Buch mit dem Titel «Kröntenkaffee» vorstellen. Seit ich es habe, «schneuge» ich immer wieder darin. Ich lese mal da ein Kapitel, mal dort, schaue die Bilder an. Der Autor Bruno Bollinger hat fast zwölf Jahre an diesem Buch gearbeitet. Ich kenne Bruno nur von ein paar Sitzungen her und wusste gar nicht, dass er die Berge so liebt.

## Die Probe aufs Exempel

Heute Morgen beim Holz spalten dachte ich über die Geschichten nach, die ich bereits gelesen hatte. Warum geht einer so lange Zeit immer wieder an den gleichen Ort? Gegen Mittag begann es zu stürmen und zu regnen. Der Stiel des Spaltammers wurde glitschig. Ich musste aufhören. Beim Verräumen des Werkzeugs kam mir die Idee: Das ist Wetter für einen Besuch in der Kröntenhütte. Also schaute ich im Internet nach Wetter, Schnee, Fahrplan und Alpentaxi. Zweieinhalb Stunden später blieb dieses im Schnee stecken, ich schnallte die Schneeschuhe an und folgte dem Geisspfad. Der Schnee war schwer und tief. So war es fast dunkel, als ich die Türe freischaufelte.

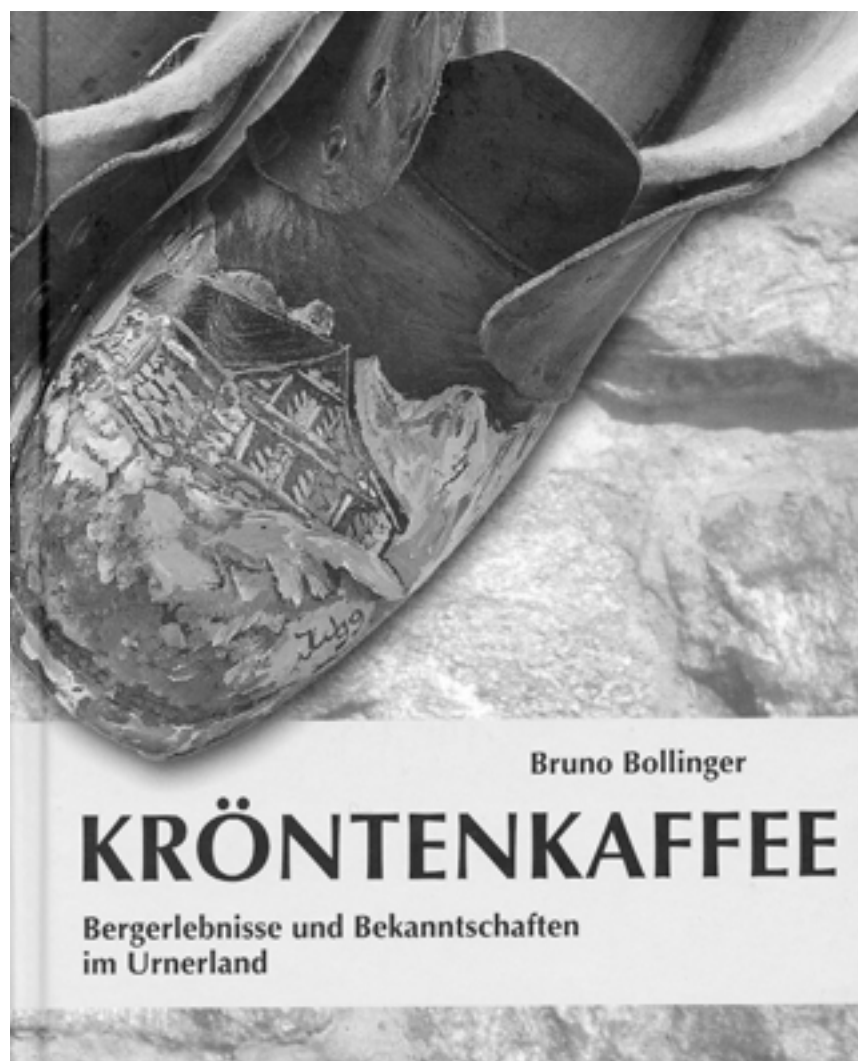
## Buntes Kaleidoskop

Meine Geschichte könnte auch im Buch «Kröntenkaffee» stehen. Bruno hat 75 Geschichten zusammengetragen, die er selbst erlebt oder durch Nachfragen erfahren hat. Da gibt es Historisches und Aktuelles zur Hütte und den Hüttenwarten, über den Bau und Umbauten, über das eigene Kraftwerk, mit dessen Strom auch heute Abend die Hütte wohlthuend geheizt ist. Es gibt Berichte über gelungene und abgebrochene Be-

steigungen der umliegenden Gipfel, über den Wegbau und die Rettung von Leuten, die vom Weg abgekommen sind. Was mir besonders gefällt, sind die vielen Geschichten über Menschen, denen Bruno begegnet ist. Das alles kommt in Ruhe und

mit einer zurückhaltenden Sprache daher. Alltagsgeschichten eben, die jeder und jede erleben kann. Im Unterschied zu uns allen hat Bruno sie aufgeschrieben.

Nun sitze ich also wegen Brunos Buch in dieser Kröntenhütte und bin ihm dankbar. Der Reis ist inzwischen fertig gekocht. Ich bin gespannt auf die Aussicht morgen früh. Es soll schönes Wetter geben. Dann werde ich das Alphorn ausprobieren und hören, wie das Echo tönt. ■



Bruno Bollinger: Kröntenkaffee, 296 Seiten, 200 Abbildungen, Munggenverlag, Burgmatt 3, 6340 Baar, brunobollinger@bluewin.ch, Fr. 48.-.



## Büchermail

**Ulla Schiesser, Zug  
Lorenz Gerber, Zug**

*Liebe Ulla*

Glaukt man der aktuellsten Ratgeberliteratur, stecke ich in einer Krise. Meine Spezies – der Mann - sei unnütz, überbewertet und orientierungslos. Da hat mich dein Buchgeschenk im letzten Augenblick vor Identitätsverlust und Trübsinn bewahrt. Ein amerikanischer Schriftsteller mit dem merkwürdigen Namen **J.R. Moehringer** hat nämlich mit **Tender Bar** ein echtes Männer-



buch geschrieben. Keine Angst, es geht nicht um den Angriff auf feministische Werte, auch nicht um Machismo oder die emotionale Kompetenz des Mannes. Moehringer erzählt vielmehr auf sanfte und tief sinnige Art den steinigen Weg des Erwachsenwerdens und die damit verbundene Suche nach dem Mannsein. Der kleine Junge J.R. wächst ohne Vater in bescheidenen Verhältnissen in der Nähe von New York auf. Alltägliche Erlebnisse lassen ihn erkennen, dass es «eine Kunst [ist], ein guter Mann, und eine Tragödie, eine schlechter Mann zu sein – für die Welt ebenso wie

für jeden, der von dem fraglichen Mann abhängt». Kristallisationspunkt der Suche nach der männlichen Identität ist eine kleine Bar, wo J.R. fortan viel Zeit verbringt, um Männer zu beobachten, von ihnen zu lernen oder um zu erkennen, wie man es besser nicht machen sollte. Die vielen Episoden, die Scheitern und Misserfolg ebenso gefühlvoll beschreiben wie kleine Siege und den Wandel zum Besseren, haben mich gerührt und lachen lassen, auch über den Mann, der ich selbst bin. Ernsthafter und auch politischer ist **Hisham Matars** **Im Land der Männer**.

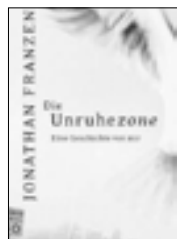


Eindrücklich lässt er den neunjährigen Suleiman in kindlicher Naivität seine Geschichte erzählen. Vom Libyen unter der Herrschaft Gaddafis, der brutalen gesellschaftlichen Realität, der alltäglichen, immer gegenwärtigen Bedrohung. Der Junge hält den Alkohol, in dem die Mutter das Unglück über ihre arrangierte Ehe ertränkt, tatsächlich für Medizin und glaubt an «Geschäftsreisen» des Vaters, wenn der Regimegegner für Wochen untertauchen muss. Die Mutter «wurde nur krank, wenn er

auf Geschäftsreise und die Welt ohne ihn war. Dann schienen wir als stumme Mahnungen zurückzubleiben, leere Seiten, die mit Erinnerungen gefüllt werden mussten...» Das kindliche Erleben einer gewalttätigen, lebensfeindlichen Erwachsenenwelt bleibt auch dann überzeugend, wenn Suleiman die Verhaftung und öffentliche Hinrichtung seines Nachbarn miterlebt, sich mit einem Geheimdienstagenten anfreundet und in der Folge unwissentlich Verrat an seinem Vater begeht. Trotzdem sind Matars Beschreibungen geprägt von orientalischem Bilderreichtum und Lebensfreude. Nie gewinnen Hoffnungslosigkeit oder Zynismus die Oberhand, der Junge glaubt immer an das Gute, das die Welt verändern und verbessern kann.

*Lieber Lorenz,*

Gestern Abend im Garten, las ich bei schwindendem Licht das letzte Kapitel von **Jonathan Franzens Unruhezone-eine Geschichte von mir**. Ich hatte



es mir aufgespart für den schönsten Moment des Tages. Thematisch passt mein Buch zu deinen, auch wenn Franzens Biographie mit weniger Leid befrachtet ist. Im Missouri

der siebziger Jahre aufgewachsen, in einer amerikanischen Mittelschichtfamilie, erzählt er von einem ganz anderen Leben. Seine Geschichten sind urkomische Selbstbefragungen, Erinnerungsschnipsel, pendelnd zwischen Kindheit, Jugend und Erwachsensein. Und, als hätte der Autor ein loses Band um sein Leben geschlungen, fügen sie sich am Ende zu einem wunderschönen, autobiographischen Roman zusammen. Es gelingt ihm, liebevoll-ironisch zurückzublicken auf das nicht unbedingt sympathische Kind, das er war: «Ich hatte einen grossen Wortschatz, eine flatterige Piepsstimme, eine Hornbrille, kaum Kraft in den Armen, die allzu offensichtliche Wertschätzung meiner Lehrer, den unwiderstehlichen Drang, lautstark dröge Wortspiele zu machen...» Franzen erzählt von seiner frühen Liebe zu Charlie Brown, der späten zu seiner Mutter, vom Scheitern seiner Ehe und von tiefen Einsamkeiten, die wir alle kennen, wenn wir uns an die Adoleszenz erinnern. Ein tiefgründiges Buch, finde ich, aber auch federleicht und warm. ■

**Literaturangaben**

*J.R. Moehringer: Tender Bar. Fischer Verlag*

*Hisham Matar: Im Land der Männer. Luchterhand Verlag*

*Jonathan Franzen: Unruhezone-eine Geschichte von mir. Rowohlt Verlag*



24

Früher, vor ganz langer Zeit, in den 70er Jahren, gab's die «SP aktiv», welche den ziemlich konservativen sozialdemokratischen Altherrenverein recht erfolgreich aufmischte. Nun hat nicht die «SP aktiv», sondern die Wahlniederlage im letzten Herbst die GenossInnen wachgerüttelt. Echter und fairer Konkurrenzkampf um den linken Nationalratssitz heisst, dass von den drei bürgerlichen Parteien weiterhin eine in Zug bleiben wird.

Die neuen Jungen in der FDP heissen schein't nicht «FDP aktiv», sondern angesichts der Energiepolitik der Freisinnigen «FDP radioaktiv».

Das A beim ACS steht nicht für «Aktiv», sondern für «Abserbeln», wie in der ZP-Monatsbeilage «Auto Zug» dokumentiert wird. Der Zuger ACS «fusioniert» mit dem «ACS Mitte» – also den Aargauern und Solothurnern. Sind wir gespannt, ob der ehemalige vom CVP-Auto-Hardliner Granzio geführte Auto-Sturmtrupp die Mitte auch politisch wörtlich meint.

Allzu eng wird's in der Mitte bei den Nationalratswahlen nämlich nicht. CVP-Nationalrat Pfister gehört mit seinem Abstimmungsverhalten zum rechtesten denkbaren Flügel der CVP, bei der FDP sind die KronprinzessInnen alles, nur

nicht in der Mitte und die SVP – na ja.

Und so versucht Pfister halt zu kaschieren, was elektoral eher schadet. Eingedenk der PR-Erkenntnis, dass bei den Frauen noch was zu holen ist, verteilt er bei einer medial aufgepeppten Strassenaktion einen (Achtung: Originalzitat!) «hübsch verpackten Taschenspiegel mit der anerkennenden Aufschrift ‚Frauen haben den Durchblick‘.» Letzteres hoffen wir ganz fest...

Und vielleicht verteilen die Freisinnigen wieder mal ihre Regenschirme. Dann kann sich Pfister gegen das Gewitter schützen, wenn auskommt, dass er die Interpellation von Jo Lang zum Zimmerberg Basistunnel als fast einziger Innerschweizer nicht unterschrieben hat.

So besorgt sind die Politchristen um ihren Nationalratssitz, dass die CVP Baar «losgelöst vom Tagesgeschäft» über «die Klimapolitik und die Rolle der CVP» diskutierte und dann unter dem Titel «Umweltpolitik gehört nicht den Grünen» die Resultate den Medien verbreitete. Und was sagt uns Geri Pfister in dieser Mitteilung? Zitat: «Entscheidend ist, dass wir jetzt handeln.» Wir lernen: es gibt zwei Pfister. Pfister der Nationalrat, der abstimmt.

Pfister, der Nationalratskandidat, der wieder gewählt werden möchte und allerlei Schönes sagt.

Wenig gelernt hat die FDP aus dem Wahldebakel bei der Zuger Stadtpräsidentenwahl im letzten Herbst. Diesmal pflastert sie sogar den ganzen Kanton zu mit einer Plakatkampagne, die vor allem eine Frage aufwirft: Woher haben die bloss das viele Geld?

In konzentrierter Form entfaltet sich der wahre Gehalt der Kampagne erst richtig (In Klammern der Frontal-Kommentar):

Wir sind alle liberal...

«...weil es mehr Selbstverantwortung braucht» (Deshalb schweigt die FDP zum selbstverantwortlichen Abzocken der neuen Managerkaste)

«...weil nur ein schlanker Staat Zukunft hat» (Deshalb wirft die FDP mit Geld um sich, wenn es um Strassenbau geht)

«...weil das Leben Freiheit braucht» (Deshalb befürwortet die FDP in Bern Blochers Ausbau des Schnüffelstaates)

«...weil Eigenverantwortung motiviert» (Fahren deshalb immer mehr Freisinnige Offroad?)

«...weil das Leben mehr als eine Dimension hat»

«...weil liberal und sozial keine Gegensätze sind» (Deshalb hat die FDP im Kantonsrat den Kampf gegen eine faire kantonale Pensionskasse angeführt)

«...weil ich für Freiheit, Selbstverantwortung und Eigeninitiative bin» (Deshalb will die FDP die Erbschaftssteuer und die direkte Bundessteuer abschaffen. Damit das erwerbslos erworbene Vermögen die Freiheit hat, Eigeninitiative zu entwickeln und die Erben sich in Selbstverantwortung üben dürfen.)

«...weil ich für Fortschritt und Eigenverantwortung bin» (Deshalb bekämpfte FDP-Schweiger in Bern die Unterstützung der fortschrittlichen Solarenergie)

«...weil es zur Vernunft keine Alternative gibt» (Max Frisch hat in seinem Solothurner Vortrag «Am Ende der Aufklärung steht das goldene Kalb» einmal gesagt: «Vernünftig ist, was rentiert.»)

«...weil Individualität und Freiheit kein Gegensatz zur Verantwortung ist»

«...weil ich die Erziehung meiner Kinder nicht allein dem Staat überlassen möchte»

«...weil sich nach meiner Überzeugung Gesellschaft, Wirtschaft und Politik nur durch



Selbstverantwortung und Eigeninitiative weiterentwickeln»

«...weil ich Träume leben will»  
(Deshalb sollen auch grosse Buben, die nie erwachsen werden, dank FDP im Nationalrat eine Formel-1-Strecke bekommen)

«...weil ich die Vielfalt an Möglichkeiten in Beruf und Freizeit schätze»

«...weil ich selber denken kann»

«...weil die Zukunft zu gestalten ist»

«...weil ich mir gerne selber ein Urteil bilde»  
(Deshalb hat FDP Fraktionschefin Andrea Hodel per Ordnungsantrag ihren Parteikollegen Thomas Brändle im Kantonsrat kürzlich abgeklemmt, als dieser kritische Gedanken zur Geldwirtschaft äussern wollte)

«...weil ich offen bin für Neues»  
(Deshalb hat die FDP nur schon die Diskussion im KR über Stimmrechtsalter 16 vorsorglich abklemmen helfen)

«...weil die Zukunft unseren Kindern gehört»  
(Deshalb kämpft die FDP für neue Atomkraftwerke, damit unsere Kinder mit dem Aufräumen der AKW-Abfälle auch etwas zu tun haben)

«...weil jedem die Chance

für einen individuellen Lebensplan zusteht»

Und dann gibt es last but not least doch noch den einen kreativen Spruch: der Kunstmaler aus Oberägeri, der meint: «Ich bin liberal, weil ich nicht nur schwarzmale.» Bloss: wer malt beständig den Bankrott des Staates an die Wand, wenn nicht auf Teufel komm raus gespart wird?

Nix «Puurezmorgä» bei der Stadtzuger SVP. Stattdessen «Sommerbrunch» an Zugs feinsten Adresse: dem Swisshotel Zug in der Kollermühle. Ja genau, dem ehemaligen Motel und so. Betreiber Philipp C. Brunner hat seine Nationalrats-Nichtnominierung schon verwunden und sponsert das Ganze sogar noch. Das Phänomen SVP geht also weiter: Es finden sich immer irgendwelche Dummen.

Oder doch nicht? Die Befehlsausgabe des neuen SVP-Stadt-Zug-Chefs Manuel Brandenberg («Ja, ich bin ein Hardliner, ohne lokale Zugeständnisse zum Zuger Filz.» «Die Stadtzuger SVP führe ich wie eine Kompanie, zu einem Wähleranteil von 20% statt der 13%») an die GGR-Fraktion der SVP gegen den Bebauungsplan Kunsteisbahn (Achtung, Zuger Lokalfilz!) beantwortete die Fraktion mit vollständiger Befehlsverweigerung.



Der Nationalratswahlkampf treibt schon Blüten. Unter einem grossen SVP-Schriftzug hat da einer den Spruch «Mein Zuhause Unsere Schweiz» in die Wiese gemäht. Besonders sinnig ist, dass die drei Buchstaben SVP mit irgendeinem Mittelchen in die Wiese «gebrannt» wurden. Wo SVP steht, wächst nichts mehr... Bild: Ben Gerber

Wer glaubt, dass es angesichts der Performance unseres golfspielenden Kleintierzüchters in Bern tiefer nimmer geht, hat an der Kantonsrats Sitzung Ende Mai gefehlt. Da bewies SVP-KR Stephan Schleiss, dass die Richterskala für politische Peinlichkeiten bei der SVP nach unten offen ist. Die Justiz in Missachtung der Gewaltenteilung frontal angreifen und gleichzeitig jammern darüber, dass sich das Gericht öffentlich verteidigt, ist schon gross geheuchelt.

So sehr, dass sich sogar die FDP-Fraktionschefin und Nationalratskandidatin Andrea Hodel genötigt sah, SVP-Nationalratskandidat Schleiss in den Senkel zu stellen. Und Intimes aus ihrem Mailverkehr preiszugeben: noch heute morgen habe ihr Marcel Scherer gemailt, sie solle sich doch gemässigt äussern.

Wer die Neue Zuger Zeitung am selbigen morgen durchblätterte, wusste, wieso Scherer mailte: Da lächeln Hodel und Scherer zusammen in einem Inserat für den Abbau bei der IV um die Wette.

Um die Wette gestrahlt hat Landamman Eder, als er am Zürcher Sächsilüüte

als Stargastkantonsvertreter die keynote speech halten durfte. Und obwohl das Sächsilüüte mit zum Reaktionärsten gehört, was die Schweiz zu bieten hat, war sich Eder wohl bewusst, wer in der Stadt Zürich das Sagen hat: «Deshalb fühle ich mich heute unter Freundinnen und Freunden, um nicht zu sagen unter Leidensgenossinnen und -genossen, wobei es bei uns in Zug doch etwas weniger Genossen hat als in der Stadt Zürich. In der Regierung hat uns das Volk bei den Wahlen im vergangenen Herbst sogar die einzige Genossin ersetzt und dabei – buchstäblich und im Sinne des Wortes - für echte Alternativen (in der Mehrzahl!!) gesorgt...»

Temporär vorbei ist es mit der Buchhandlung an der Schmidgasse – der Laden von SP-Gemeinderätin Susanne Giger hat an den Hirschenplatz gezügelt. Bücher statt Mac's im und Töff's vor dem Laden – langsam wird der Hirschenplatz richtig attraktiv. Nun muss Giger nur noch ihre Haltung zum Stadttunnel justieren - damit auch die Zeughausgasse verkehrsfrei wird.

Die vollständige Version des Frontals auf [www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)



26

Buch von Jo Lang



Rechtzeitig auf die Sommerferien hin erscheint das Buch von Jo Lang über die zugerische Religions- und Kulturgeschichte. Besonders in einer Zeit des schnellen Umbruchs ist die Auseinandersetzung mit der nicht sehr fernen Vergangenheit Zugs spannend und hilfreich.

Das Buch ist für 22 Franken erhältlich in allen Buchhandlungen oder direkt beim Bannverlag in Zug: [info@bannverlag.ch](mailto:info@bannverlag.ch), online Bestellung [www.bannverlag.ch](http://www.bannverlag.ch)

Fliz-Programm im Kino Gotthard

Montag, 9. Juli 2007, 20.00 Uhr  
**AUS DER ZEIT** – von Harald Friedl / Wien CH-Premiere!



Ein liebenswerter, fast surrealer Film über vier kleine Läden in Wien – die in der heutigen Shopping-Kulturzeit keinen Platz mehr haben. Lederwaren «Jentsch» (seit 1874), deren Besitzer immer noch Reparaturen ausführen. Eine Drogerie, gegründet 1928, die noch «Spanisch Leder» und Schwefelschwamm verkauft, aber kaum noch Kundschaft hat. Die Vorstadt-Metzgerei, gegründet 1904, die nicht nur Nahversorgerin ist, sondern auch Sozialraum für die seit Jahrzehnten treue Kundschaft. Und schliesslich «der Knopfkönig», ein eleganter Laden im Wiener Zentrum, gegründet 1904, wo es tausend Sorten Knöpfe gab, für die sich niemand mehr interessiert. Harald Friedl ist anwesend!

Montag, 13. August 2007, 20.00 Uhr  
**TANGOS – EL EXILIO DE GARDEL**  
20.00 Uhr, Podiumsdiskussion – ein Klassiker (1985) von Fernando E. Solanas & Astor Piazzolla / Argentinien



Das Exil als Konstante in der Geschichte Südamerikas bildet schlechthin das Thema von Tangos. Eine vom Militärputsch 1976 ins Pariser Exil vertriebene argentinische Tanzgruppe probt eine «Tanguedia»... ästhetisch eindrucksvoll durch seine stilisierte Gestaltung und musikalische Struktur mit grossartigen Tanzszenen und der meisterhaften Tangomusik Piazzollas.

Montag, 10. September 2007, 20.00 Uhr  
**GERHARD MEIER – DAS WOLKENSCHATTEN-BOOT** – von Friedrich Kappeler, CH 2007



Nach Kappelers erstem Film über Gerhard Meier – die Ballade vom Schreiben (1995) – schrieb Gerhard Meier nach dem Tod seiner Frau das «opus magnum»: «ob die Granatäpfel blühen», von allen als Meisterwerk apostrophiert von Peter Hamm bis Peter Handke. In Kappelers Film überlagern sich Vergangenheit und Gegenwart, lösen manchmal die Chronologie auf, aber gehen ohne Kompromisse aus Meiers literarische Welt ein. Der Dichter feiert im Juni seinen 90. Geburtstag! Friedrich Kappeler ist anwesend! ■


**MI, 4. Juli: Alternative Monatsbar**

18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Frischen Brise Alternative Steinhausen

**MI, 4. Juli: Nominationsversammlung Nationalratswahlen**

20.00 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug Die Alternative Kanton Zug nominiert an diesem Abend die Liste «Alternative Kanton Zug» mit Josef Lang, Astrid Estermann und Anna Lustenberger sowie die Jugendliste «Junge Alternative» mit Lea Zehnder, Andy Hürlimann und Rupan Sivaganesan. Alle sind herzlich eingeladen.

**SA, 7. und 21. Juli: Verbot von Kriegsmaterialexport «Sammeln mit Jo Lang»**

10.15 bis 15.00 Uhr, Metall-Areal Zug. Weitere Sammeldaten für Klima- und Offroader-Initiativen sowie für SP-Steuerinitiative siehe auf [www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)

**DO, 30. August: Generalversammlung Forum Oberägeri**

18:30 Uhr, Apéro im Segelclub, Oberägeri  
19:00 Uhr, Besichtigung IMEACH AG  
20:00 Uhr, GV im Segelclub

**MI, 5. September: Alternative Monatsbar**

8.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen des Forum Oberägeri

**SA, 8. September: Sponsoring Event**

Ab 16.00 - 24.00 Uhr, unter dem Regierungsgebäude am See, Zug Für den Sponsoring-Lauf brauchen wir möglichst viele Läuferinnen und Läufer (Joggen, Walken, Rollerbladen, Pedalo-Fahren) sowie Helferinnen und Helfer fürs Fest: und natürlich viele Sponsorinnen und Sponsoren! Anmeldetalon gibt es auf [www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)

**FR, 13. September: Vortrag und Diskussion mit Franziska Kaguembèga-Müller**

19.30h Gotischer Saal, Fischmarkt, Zug. «Klimaschutz und verbesserte Lebensgrundlage dank Wiederbewaldung in Westafrika» Eintritt frei mit anschließendem Apéro, [www.newTree.ch](http://www.newTree.ch)

**SA, 15. September: 2. Alternativer Klimatag**  
In allen Zuger Gemeinden

**FR, 28. September: Gründung Alternative Baar**  
Baar

**Mi, 3. Oktober: Alternative Monatsbar**  
18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen Gleis 3 Alternative, Risch-Rotkreuz

**FR, 5. Oktober: Gründung Alternative Stadt Zug**  
Zug


Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative Kanton Zug**  
Postfach 4806, 6304 Zug  
041 711 99 09  
[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

**Forum Oberägeri**  
Andreas Kuhn  
Lutisbachweg 9,  
6315 Oberägeri  
[www.forum-oberaegeri.ch](http://www.forum-oberaegeri.ch)  
[forum-oberaegeri@my-mail.ch](mailto:forum-oberaegeri@my-mail.ch)

**Freie Wähler Menzingen**  
Pia Rhyner, Präsidentin,  
Eustr. 16, 6313 Menzingen, Postfach 112,  
6313 Menzingen  
[www.fw-menzingen.ch](http://www.fw-menzingen.ch)  
[pia@fw-menzingen.ch](mailto:pia@fw-menzingen.ch)

**Frische Brise Alternative Steinhausen**  
Postfach 123,  
6312 Steinhausen  
[www.frischebrise.ch](http://www.frischebrise.ch)  
[ursfalk@bluewin.ch](mailto:ursfalk@bluewin.ch)

**Gleis 3 Risch-Rotkreuz**  
Hanni Schriber,  
Unterer Haldenweg 5,  
6343 Rotkreuz  
[www.gleis3.ch](http://www.gleis3.ch)  
[hannischriber@gmx.ch](mailto:hannischriber@gmx.ch)

**Krifo Alternative Cham**  
Esther Haas,  
Sonneggstrasse 11,  
6330 Cham  
[haas-pousaz@gmx.ch](mailto:haas-pousaz@gmx.ch)

**Alternative SGA Zug/Baar**  
Postfach 4805, 6304 Zug  
[www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch)  
[info@sga-zug.ch](mailto:info@sga-zug.ch)

**Alternative Fraktion im Kantonsrat**  
[www.alternativefraktion.ch](http://www.alternativefraktion.ch)



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Nr. 2. Juni 2007, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN  
Alternative Kanton Zug,  
Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: [bulletin@ch.inter.net](mailto:bulletin@ch.inter.net)

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber  
Produktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan (DMG Zug)  
Gestaltungskonzept: S.H.E.D.

Belichtung und Druck:

DMG Zug  
Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)  
Nutzauflage: 1250 Ex.  
WEMF bestätigte Aufl.: 1038 Ex.

Abonnement: Fr. 25.-  
Kleinverdiener Fr. 10.-  
Unterstützungsabo: Fr. 50.-  
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss  
Nr. 3/2007: Freitag, 7. September 2007  
Erscheinungsdatum:  
Nr. 3/2007: Donnerstag, 20. September 2007

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter [www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

## AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative Kanton Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug

